Deutscher Bundestag
12. Wahlperiode

Drucksache 12/6352

06. 12. 93

Unterrichtung

durch die deutsche Delegation in der Nordatlantischen Versammlung

über die 39. Jahrestagung der Nordatlantischen Versammlung vom 8. bis 11. Oktober 1993 in Kopenhagen

Die 39. Jahrestagung der Nordatlantischen Versammlung fand vom 8. bis 11. Oktober 1993 in Kopenhagen statt. Der Deutsche Bundestag und der Bundesrat entsandten folgende Delegation:

Bundestag:

Abg. Klaus Francke (Hamburg) (CDU/CSU)
Leiter der Delegation
Abg. Lothar Ibrügger (SPD)
Abg. Ulrich Irmer (F.D.P.)
Abg. Dr. Dietmar Kansy (CDU/CSU)
Abg. Hans Koschnick (SPD)
Abg. Wolfgang Krause (Dessau) (CDU/CSU)
Abg. Markus Meckel (SPD)
Abg. Manfred Opel (SPD)
Abg. Helmut Sauer (Salzgitter) (CDU/CSU)
Abg. Brigitte Schulte (Hameln) (SPD)
Abg. Dr. Klaus-Dieter Uelhoff (CDU/CSU)
Abg. Karsten D. Voigt (SPD)
Abg. Dr. Norbert Wieczorek (SPD)
Abg. Michael Wonneberger (CDU/CSU)
Abg. Uta Zapf (SPD)

Bundesrat:

Minister Rudi Geil (CDU/CSU), Mecklenburg-Vorpommern
Staatsminister Florian Gerster (SPD), Rheinland-Pfalz
Minister Gerhard Glogowski (SPD), Niedersachsen
Staatsminister Dr. Herbert Günther (SPD), Hessen
Senator Peter Radunski (CDU/CSU), Berlin

Ablauf der Tagung

Die Sitzungen der Ausschüsse der Nordatlantischen Versammlung fanden am 8., 9. und 10. Oktober 1993 (S. 2ff.) statt, das Plenum tagte am 11. Oktober 1993. Die Plenarsitzung wurde vom Präsidenten der Nordatlantischen Versammlung, Abg. Loïc Bouvard (Frankreich) eröffnet. Es folgten Ansprachen des dänischen Premierministers Poul Rasmussen (S. 11) und des stellvertretenden Generalsekretärs der NATO, Dr. Gebhardt von Moltke. Im Anschluß daran nahm die Versammlung die von den Ausschüssen vorgelegten Entschließungstexte an (Anhang S. 14ff.) und verabschiedete den NAV-Haushalt für das Jahr 1994.

Vor Beginn der Plenardebatte wurde Abg. Loïc Bouvard (Frankreich) erneut zum Präsidenten der Versammlung gewählt; auch die Vizepräsidenten Abg. Douglas Bereuter (Vereinigte Staaten), Abg. Panayotis Skandalakis (Griechenland) und Abg. Karsten Voigt (Bundesrepublik Deutschland) wurden in ihrem Amt bestätigt. Senator Laucournet wurde ebenfalls im Amt des Schatzmeisters bestätigt.

Die anschließende Aussprache im Plenum stand unter dem Thema: „Die euro-atlantische Solidarität in einer revolutionären Zeit". Hierzu sprachen von der deutschen Delegation Abg. Klaus Francke (S. 13) und Brigitte Schulte (S. 13). Grundlage für die Plenardebatte war der von Abg. George, Berichterstatter der Arbeitsgruppe des Präsidenten der Versammlung, vorgelegte Entwurf der Plenarentschließung sowie der Bericht der Arbeitsgruppe des Präsidenten der Versammlung zu dem Thema „Die Zukunft der NATO und der transatlantischen Beziehungen". Im Anschluß an die Debatte wurde die Entschließung unter Berücksichtigung zahlreicher Änderungsanträge von der Versammlung angenommen.

Politischer Ausschuß

Der Politische Ausschuß tagte am 8. und 9. Oktober 1993 unter Vorsitz des Abg. **Charlie Rose** (Vereinigte Staaten). Der Ausschuß behandelte in einer verbundenen Debatte den Entwurf des Generalberichts von Abg. **George** (Vereinigtes Königreich) und den

Bericht der Arbeitsgruppe des Präsidenten der Versammlung. Ferner wurden der Entwurf eines gemeinsamen Berichts der Abg. **Bouvard** (Frankreich) und **George** sowie Berichtsentwürfe der Abg. **Herrero** (Spanien) und **Blin** (Frankreich) diskutiert. Außerdem wurden zwei Berichtsentwürfe von Berichterstattern assoziierter Delegationen, **Kozhokin** (Russische Föderation) und **Pastusiak** (Polen), vorgelegt. Vor dem Ausschuß sprachen als Gastredner der dänische Außenminister **Niels Helveg Petersen,** Botschafter **John J. Maresca,** US-Sonderunterhändler in der KSZE-Konferenz über Nagornny-Karabach und Sonder-Koordinator für Zypern sowie Professor **Pavel Baev** von der Russischen Akademie der Wissenschaften.

Botschafter Maresca behandelte in seinem Vortrag die neuen Herausforderungen an die Sicherheitspolitik, wobei er insbesondere die Konfliktvermeidung als neues Tätigkeitsfeld herausstellte.

Die aktuellen Konflikte wiesen deutliche Gemeinsamkeiten auf, insbesondere die ethnische Prägung und die lokale Begrenzung bei gleichzeitiger Gefahr der Einbeziehung externer Mächte. Die Lösung derartiger Konflikte erfordere verschiedene, miteinander verbundene Maßnahmen. Notwendig sei eine überwachte Waffenruhe und eine eindeutige Verhandlungsroute, wobei die Verhandlungen in einem anerkannten Forum geführt werden müßten. Gleichzeitig müßte eine Flankierung durch humanitäre Hilfsleistungen erfolgen. In der Folge erläuterte der Botschafter die Anwendung dieser Grundsätze am Beispiel der Konflikte in Zypern und Nagornny-Karabach und wies auf die maßgeblichen Unterschiede insbesondere im Hinblick auf die Erreichung und Überwachung eines Waffenstillstandes und die Durchführung des Verhandlungsprozesses hin. Im weiteren Verlauf seiner Rede ging Maresca auf die Rolle der internationalen Gemeinschaften bei der Konfliktlösung ein. Er bezeichnete Legitimität und Einsatzfähigkeit als maßgebliche Voraussetzungen für eine Organisation, um wirksam zur Konfliktlösung beitragen zu können und erörterte unter diesem Blickwinkel die unterschiedlichen Möglichkeiten insbesondere der Vereinten Nationen, KSZE, NATO und WEU. Abschließend ging er auf die Rolle der USA und die aktuelle Diskussion um den Einsatz in Somalia ein. In der anschließenden Diskussion wies Abg. **Ulrich Irmer** (Bundesrepublik Deutschland) auf die Notwendigkeit hin, sich verstärkt mit der Verhütung von Krisen zu befassen. Im Hinblick auf die ethnisch geprägten Konflikte sprach er sich für die Schaffung eines Sanktionensystems für die Verletzung von Minderheitenrechten aus und kritisierte das Fehlen von Regeln für das Zusammenleben von Minderheiten.

Anschließend stellte Abg. **George** (Vereinigtes Königreich) den Generalbericht über „Europäische und transatlantische Sicherheit in einer revolutionären Zeit" sowie den Bericht der Arbeitsgruppe des Präsidenten der Versammlung zu dem Thema „Amerika und Europa — Die Zukunft der NATO und der transatlantischen Beziehungen" vor. Abg. George bezeichnete es dabei als Kernfrage, ob und in welcher Form der atlantische Rahmen nach Osten ausgedehnt werden könne und betonte die Notwendigkeit, auf dem anstehenden NATO-Gipfel im Januar 1994 eine Erneuerung des Bündnisses zu erreichen. Die NATO müsse Krisenverhütung und Krisenmanagement als offizielle Kernfunktionen übernehmen und zum Abbau der Risiken im Gebiet des früheren Warschauer Pakts durch aktive Unterstützung der Umwandlung beitragen. In Übereinstimmung mit der von der WEU verfolgten Linie sollten neue EG-Staaten, die der WEU beitreten, auch als Mitglieder der NATO aufgenommen werden, wobei er sich für den Abschluß von Assoziierungsabkommen in der Übergangszeit aussprach. Unterstrichen wurde ferner die Notwendigkeit, auch für die Länder Mittel- und Osteuropas Optionen für die zukünftige Gestaltung der Zusammenarbeit zu definieren. Der NAKR müsse sich verstärkt auf konkrete Formen der Kooperation konzentrieren, wobei der Berichterstatter die Schaffung eines NATO-Dienstpostens zur Kontrolle des Kooperationsrates befürwortete. Thematisiert wurde außerdem die Erforderlichkeit der Koordination der nationalen Verteidigungsausgaben und in diesem Zusammenhang auf eine mögliche Gefährdung der Leistungsfähigkeit des Bündnisses durch Abbau der Verteidigungsetats hingewiesen. Abg. George setzte sich weiterhin für die Schaffung eines transatlantischen wirtschaftlichen Kooperationsrates ein, um Handelskriege zu vermeiden.

Im Mittelpunkt der anschließenden Debatte stand die Frage der Erweiterung der NATO nach Osten, wobei die Delegierten sich generell für eine stärkere Einbeziehung der mittel- und osteuropäischen Länder aussprachen. Dabei wurde einerseits eine schnelle Einbindung der Länder gefordert, deren demokratische Entwicklung bereits fortgeschritten ist, andererseits eine möglichst gleichzeitige Aufnahme aller in Betracht kommenden Länder angeregt. Erörtert wurde dabei die Problematik der Reaktion Rußlands. Teilweise wurde die der WEU in dem Bericht zugedachte subsidiäre Rolle kritisiert und eine Reform der NATO gefordert, die Europa einen größeren Stellenwert einräume.

Abg. **Markus Meckel** (Bundesrepublik Deutschland) betonte, bei einer Erweiterung und Reform der NATO müsse die durch die Allianz verkörperte Wertegemeinschaft im Vordergrund stehen. Er unterstrich die Bedeutung der Sicherheit der östlichen Nachbarländer und forderte deren schnelle Integration. Trotz des Risikofaktors der russischen Haltung dürfe Rußland keine Art von Vetorecht zugestanden werden.

Der Generalbericht wurde ohne Änderungen angenommen, der Bericht der Arbeitsgruppe des Präsidenten der Versammlung wurde nicht zur Abstimmung gestellt, da er ein Bericht der Arbeitsgruppe und Gegenstand der Plenardebatte war.

In Abwesenheit des Mitberichterstatters Abg. Bouvard stellte Abg. **George** den Zwischenbericht der Arbeitsgruppe „Neue europäische Sicherheitsordnung" zum Thema „Von Stockholm nach Budapest: die KSZE und die Herausforderung des Wandels" vor. Dabei wies der Berichterstatter insbesondere auf die jüngsten Aktivitäten des Forums für Sicherheitskooperation und die Einsetzung des KSZE-Generalsekretärs sowie des Hohen Kommissars der KSZE für nationale Minderheiten hin. Eingehend auf die erste

friedenserhaltende Mission der KSZE in Nagornny-Karabach wurde die Glaubwürdigkeit dieser Missionen in Frage gestellt, da der KSZE ganz bewußt keine Durchsetzungsbefugnisse verliehen worden seien, sofern sie nicht im Auftrag des VN-Sicherheitsrats handele. Ferner stelle sich die Frage, ob ein militärisches Gegenstück zum Ausschuß Hoher Beamter zur Unterstützung der KSZE-Operationen erforderlich sei und ob die KSZE ihren eigenen Sicherheitsrat haben solle. Der Bericht wurde ohne Änderung angenommen.

Der Entwurf eines Sonderberichts der Arbeitsgruppe Neue Europäische Sicherheitsordnung zum Thema „Schaffung und Stärkung der neuen europäischen Sicherheitsordnung aus russischer Sicht" von Abg. **Kozhokin** wurde wegen Abwesenheit des Berichterstatters lediglich zur Kenntnis genommen. Insbesondere im Hinblick auf die Forderung, die NATO auf Rußland auszudehnen, seien Widersprüche zu den Schlußfolgerungen des Generalberichts festzustellen. Ferner berücksichtige er noch nicht die aktuellen Ereignisse in Rußland, so daß eine Überarbeitung vorgenommen werden müsse.

Anschließend äußerte sich Professor **Baev,** Leiter der politischen Abteilung der russischen Akademie der Wissenschaften, zur Verfassungskrise in Rußland. Nach seiner Auffassung gebe es keine Rechtfertigung für die Auflösung des Parlaments durch Präsident Jelzin, wobei er es als dessen Ziel darstellte, nach Ausgang der Wahlen einem kontrollierbaren Parlament gegenüberzustehen. Baev forderte die Schaffung neuer Strukturen in Rußland, gegebenenfalls mit einem neuen Präsidenten; außerdem dürfe die Armee nicht länger in die Politik hineinregieren. Zur Erweiterung der NATO äußerte er die Besorgnis, daß die Aufnahme mittel- und osteuropäischer Länder den Umwandlungsprozeß der Organisation stören könne. Unter Hinweis auf die schwach entwickelte Demokratie in seinem Land und die entsprechend schwache Stellung der Parteien schlug Baev die Aufnahme von Beziehungen mit Parteien in den Bündnisländern vor. In den anschließenden Diskussionsbeiträgen wurde die im Vortrag deutlich gewordene negative Bewertung der Rolle Jelzins kritisiert.

Der dänische Außenminister **Petersen** befaßte sich in seiner Ansprache mit der NATO in der neuen europäischen Sicherheitsarchitektur, deren bedeutende Funktion auch nach Ende des Kalten Krieges heute kaum noch in Frage gestellt werde. Der Minister ging auf die Entwicklung der Beziehungen zu den Ländern Mittel- und Osteuropas ein, die durch Schaffung des NAKR auf eine institutionelle Basis gestellt worden seien. Dabei hob er die Bedeutung der von der Versammlung seit 1987 entwickelten Kontakte für die Einrichtung des Rates hervor. Er unterstrich die Bedeutung, die der NATO auch von den neuen Demokratien zugemessen werde, weil sie nicht nur ein Verteidigungsbündnis, sondern auch eine Wertegemeinschaft repräsentiere. Eingehend auf die Anforderungen an ein neues europäisches Sicherheitssystem forderte er dessen Entwicklung unter Berücksichtigung politischer, wirtschaftlicher und sozialer Aspekte. Die NATO könne Sicherheit und Stabilität nur in Zusammenarbeit mit anderen Institutionen gewährleisten, wobei er die KSZE, Europäische Union, WEU und VN nannte. Außerdem werde Europa zukünftig eine bedeutendere Rolle in der NATO übernehmen. Gleichzeitig betonte der Minister die von allen Bündnismitgliedern festgestellte Notwendigkeit, die Bande zu den NAKR-Mitgliedern noch weiter zu verstärken, womit sich auch der nächste NATO-Gipfel vorrangig befassen werde. In diesem Zusammenhang würdigte er auch die Kontakte auf parlamentarischer Ebene. Abschließend unterstrich er die wachsende Bedeutung von Konfliktprävention, Krisenmanagement und Friedenserhaltung für die Gewährleistung von Sicherheit und Stabilität im euro-atlantischen Raum. Auf Fragen der Delegierten nach der Erweiterung der NATO erklärte Petersen, daß jetzt noch keine Entscheidung getroffen werden solle, sondern zunächst eine sorgfältige Analyse vorgesehen sei. Petersen ging außerdem auf Fragen nach dem Jugoslawienkonflikt ein und äußerte sich zu verschiedenen Initiativen, wie die des französischen Premierministers Balladur sowie des Europarates, die sich grundsätzlich mit Lösungsansätzen zur Frage ethnisch bedingter Konflikte befassen.

Der anschließend von Abg. Longin **Pastusiak** vorgelegte Entwurf eines Sonderberichts der Arbeitsgruppe „Neue europäische Sicherheitsordnung" zum Thema „Schaffung und Stärkung der neuen europäischen Sicherheitsordnung aus polnischer Sicht" befaßt sich mit den Möglichkeiten einer Mitgliedschaft Polens in den Institutionen KSZE, EG/WEU und NATO. Der Berichterstatter ging bei der Vorstellung auf die unterschiedlichen Erklärungen Jelzins zur Mitgliedschaft Polens in der NATO ein sowie auf die Position seines Landes nach den Wahlen. Auch die neue Regierung sehe die Mitgliedschaft in der NATO als vorteilhaft an, wobei eine Provokation Rußlands vermieden werden solle. Auf Fragen des Berichterstatters nach der Haltung der NATO-Mitglieder erklärte Abg. **Dr. Dietmar Kansy** (Bundesrepublik Deutschland), die Instabilität Rußlands bilde die größte Bedrohung für die Sicherheit Europas, wobei Einigkeit in der Notwendigkeit der Unterstützung Jelzins herrsche. Im Hinblick auf die instabile Lage sei eine vorsichtige Haltung gegenüber der Mitgliedschaft Polens vorherrschend.

Nach kurzer Debatte wurde der Entschließungsentwurf von Abg. **George** über die „Institutionelle Kohärenz und Entschlossenheit für Sicherheit in Europa", der die Mechanismen der KSZE und deren Zusammenarbeit mit NATO und VN zum Gegenstand hat, abgelehnt. Im Verlauf der Aussprache war unter anderem kritisiert worden, daß der Entwurf nicht der politischen Realität entspreche.

In Abwesenheit von Abg. Herrero (Spanien) stellte Abg. **George** (Vereinigtes Königreich) den Zwischenbericht des Unterausschusses „Südregion" vor. Der Bericht wurde lediglich zur Kenntnis genommen, nachdem Abg. George kritisiert hatte, der Bericht entspreche nicht aktuellen Erkenntnissen.

Der von Abg. Maurice **Blin** (Frankreich) vorgestellte Bericht des Unterausschusses „Osteuropa und die ehemalige Sowjetunion" befaßt sich mit der Untersuchung der Arbeit des NAKR im Verhältnis zu den

Bedürfnissen der neuen Demokratien und deren Beziehungen zur WEU. Angesichts teilweise vorherrschender Enttäuschung seitens der neuen Demokratien und der Frage nach Sicherheitsgarantien bleibe abzuwarten, ob die WEU beim Konsultationsforum denselben Weg einschlage wie der NAKR. Zur Frage nach den Kriterien für die Aufnahme neuer Mitglieder in der NATO sprach der Berichterstatter sich in Übereinstimmung mit dem Bericht der Arbeitsgruppe des Präsidenten der Versammlung dafür aus, neue Mitglieder der WEU auch in die NATO aufzunehmen. Im Hinblick auf die Notwendigkeit eines Vertrages zur Europäischen Sicherheit erklärte Blin, die Zukunft erfordere unter Umständen ein weitergehendes Konzept als das der sich gegenseitig verstärkenden Institutionen, wobei der Verhaltenskodex für Sicherheitsangelegenheiten und der vom französischen Premierminister Balladur vorgeschlagene Europäische Stabilitätspakt richtungsweisend sein könnten. Im Verlauf der Debatte wurde der Beitrag der osteuropäischen Länder zur Sicherheit angesprochen und eine gemeinsame Ausbildung mit den Soldaten der NATO-Länder angeregt. Der Bericht wurde ohne Änderungen angenommen.

Bei den Wahlen wurden alle Amtsträger des Politischen Ausschusses in ihren Ämtern bestätigt. Abg. **Pacheco Perreira** (Portugal) wurde zum Vorsitzenden des Unterausschusses „Osteuropa und die ehemalige Sowjetunion" gewählt, neuer stellvertretender Vorsitzender ist Abg. **Lattanzio** (Italien). Die vakante Position des Berichterstatters des Unterausschusses „Südregion" übernimmt Abg. **Rodrigo de Rato** (Spanien). Als assoziierter Berichterstatter der Arbeitsgruppe „Neue europäische Sicherheitsordnung" wurde Abg. **Roman** (Rumänien) gewählt.

Ausschuß für Verteidigung und Sicherheit

Dem Verteidigungsausschuß der Versammlung, der in Kopenhagen zum letzten Mal unter dem Vorsitz von Abg. **Karsten D. Voigt** (Bundesrepublik Deutschland) zusammentrat, lagen insgesamt fünf Berichte zur Annahme vor, deren Themen das gesamte Spektrum der gegenwärtigen sicherheitspolitischen Diskussion abdeckten. Während häufige Querverweise die Vernetzung zwischen Grundsatzfragen friedensschaffender Einsätze, den Ereignissen auf dem Balkan, der Frage der NATO-Erweiterung und der Zukunft der ehemals sowjetischen Nuklearwaffen erwiesen, war in der diesjährigen Arbeit des Ausschusses kein unmittelbar beherrschendes Thema auszumachen.

Der von Abg. **Thijs van Vlijmen** (Niederlande) vorgelegte Generalbericht zum Thema „Die bosnische Tragödie: Nuklearwaffen in der ehemaligen Sowjetunion" behandelte einerseits die Ereignisse in Bosnien, andererseits die offene Frage der Nuklearwaffen auf dem Gebiet der ehemaligen UdSSR. Zum letzteren Thema erklärte Abg. **Grib** (Ukraine), sein Land bekenne sich zu allen eingegangenen Abrüstungsverpflichtungen, im nuklearen wie im KSE-Bereich. Er bat jedoch um Verständnis für die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die eine rasche Reduzierung in einer Größenordnung von 40 % unmöglich machten.

Die eigentliche Debatte entzündete sich jedoch an der leidenschaftlichen Anklage des Berichterstatters zur Mitverantwortung des Westens an der „bosnischen Tragödie": Die heftige Zurückweisung dieser moralischen Kritik durch Abg. **Sir Geoffrey Johnson Smith** (Vereinigtes Königreich), der den Völkern Jugoslawiens eine Mitschuld an der Entwicklung zuschrieb, wurde von seinen britischen und französischen Kollegen nicht geteilt, auch wenn einige Delegierte den subjektiven Ansatz des Berichterstatters ebenfalls für unzureichend befanden.

Bei der Vorstellung des Zwischenberichts zur Zusammenarbeit bei friedensschaffenden und friedenserhaltenden Maßnahmen ging der Berichterstatter des Unterausschusses für Verteidigungs- und Sicherheitszusammenarbeit zwischen Europa und Nordamerika, Abg. **Henk Vos** (Niederlande), ausführlich auf die Schwierigkeiten Deutschlands ein, sowohl hinsichtlich der Frage friedensschaffender Einsätze als auch mit Blick auf einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat der VN. Die Debatte erbrachte allgemeine Aufgeschlossenheit gegenüber einem ständigen Sitz für Deutschland (und Japan), allerdings im Rahmen einer Neustrukturierung der VN-Gremien insgesamt. Abg. **Dr. Klaus-Dieter Uelhoff** (Bundesrepublik Deutschland) dankte für die Unterstützung und sprach sich für eine Umorganisation der VN zu ihrem 50. Jahrestag 1995 aus. Der Vorsitzende erläuterte, daß eine verfassungspolitische Lösung der in Deutschland umstrittenen Fragen vor der Bundestagswahl 1994 nicht zu erwarten sei.

Ebenfalls lebhaft diskutiert wurde der Sonderbericht von Abg. **Tamas Wachsler** (Ungarn) über eine neue europäische Sicherheitsarchitektur. Der Berichterstatter vertrat die Ansicht, daß die NATO nur überleben könne, wenn sie sich ausdehne, und forderte die Offenlegung klarer Aufnahmekriterien, die den mittel- und osteuropäischen Staaten als Ziel dienen könnten. Abg. **Dr. Klaus-Dieter Uelhoff** (Bundesrepublik Deutschland) unterstrich, die Erweiterung der NATO entspreche den Sicherheitsinteressen ihrer jetzigen Mitglieder. Das Bündnis als Wertegemeinschaft müsse bereit sein, sich denjenigen Staaten zu öffnen, die seine Werte mittrügen. Senator **Chaumont** (Frankreich) und andere Delegierte verwiesen warnend darauf, daß die Sicherheitsgarantien des Nordatlantikvertrages nicht teilbar seien, bei einer Erweiterung also bis an die russische Grenze ausgedehnt würden. Demgegenüber forderten Abg. **Silars** (Lettland) und Abg. **Janusz Onyszkiewicz** (Polen), man dürfe dem Fortbestand des russischen Imperialismus in Form von Sicherheitsinteressen nicht das Wort reden; eine NATO-Mitgliedschaft würde sich, wie im Falle Spaniens, auch stabilisierend auf die jungen Demokratien auswirken.

Mit Interesse nahmen die Delegierten den Abschlußbericht des Unterausschusses „Zukunft der Streitkräfte" über militärische Tendenzen innerhalb des Bündnisses auf. Aus der Zusammenschau der nationalen Verteidigungspläne für die nächste Zeit schloß der Berichterstatter, Abg. **Rafael Estrella** (Spanien), daß die Streitkräfte in Zeiten teilweise massiver Einsparungen in den Verteidigungshaushalten bei kurzfristig veränderlichen Aufträgen von Territorialverteidi-

gung bis zu UN-Einsätzen nur mit flexiblen Strukturen und verbesserter Ausbildung bestehen könnten. In diesem Kontext stelle sich die Frage nach der Zukunft der Wehrpflicht, die von den betroffenen Staaten je nach innenpolitischer Stimmungslage unterschiedlich beantwortet werde. Abg. **Frank Cook** (Vereinigtes Königreich) und andere stimmten dieser Einschätzung zu und befürworteten, nicht zuletzt aufgrund der in Nordirland gewonnenen Erfahrungen, die Entscheidung für eine reine Berufsarmee.

Ohne Debatte zur Kenntnis genommen wurden der Sonderbericht von Abg. **Nikolai Slatinski** (Bulgarien) über einen bulgarischen Blickwinkel zur euro-atlantischen Sicherheit und der Bericht der vom Präsidenten bestellten Arbeitsgruppe über Amerika und Europa.

Großes Interesse weckte das Podiumsgespräch über Friedenssicherung und Friedensschaffung — Zukünftige Herausforderungen und Erfordernisse, an dem die Verteidigungsminister Dänemarks **(Hans Haekkerup),** Schwedens **(Anders Björck)** und Finnlands **(Elisabeth Rehn)** teilnahmen.

Aus allen drei Vorträgen ging hervor, welchen überproportionalen Beitrag die skandinavischen Staaten sowohl personell als auch finanziell zu den Operationen der VN leisten. Gerade deshalb sahen die Minister in der neuen Möglichkeit, auch ohne das Einverständnis aller Parteien in einen Konflikt einzugreifen, zugleich auch die Grenze der Leistungsfähigkeit der bisherigen VN-Kapazitäten erreicht. Unter breiter Zustimmung von Delegierten aus Ost und West sprachen sie sich daher langfristig für die Aufstellung ständiger VN-Truppen aus, kurzfristig (im Rahmen der Neustrukturierung der VN) für die Assignierung nationaler Einheiten für VN-Einsätze mit kurzen Vorwarnzeiten.

Abg. **Uta Zapf** (Bundesrepublik Deutschland) bedauerte die einseitig militärische Thematik der Diskussion und erinnerte an das breite Spektrum anderer Mittel zur Verhütung und Beilegung von Konflikten. Ihr Hinweis auf das KSZE-Instrumentarium fand insbesondere die Unterstützung der finnischen Verteidigungsministerin.

Ganz im Zeichen der jüngsten Ereignisse in Rußland stand der Vortrag von **Dr. Alexander Konovalov** vom Moskauer USA- und Kanada-Institut. An eine Schilderung der Geschehnisse aus erster Hand schloß er den Versuch einer Analyse an: Rußlands demokratisches Experiment beginne nun erneut bei Null, die Beschießung des Parlaments habe einen psychologischen Schock ausgelöst. Neue Strukturen seien noch kaum erkennbar, zuviel hänge in dieser empfindlichen Situation von Einzelnen ab.

Angesichts dieser labilen Lage Rußlands im Innern warnte Konovalov vor einer Ausweitung der NATO und warb um Verständnis für den Versuch Jelzins, eine Neuverteilung der im KSE-Abkommen vereinbarten Obergrenzen evtl. durch ein Zusatzprotokoll zu erreichen, die den neuen geopolitischen Gegebenheiten Rechnung trage. Auch die Ratifizierung des START-Vertrages sei, unabhängig vom momentanen Fehlen einer parlamentarischen Instanz, unwahrscheinlich, solange die Nonproliferationsfrage, insbesondere mit der Ukraine, nicht gelöst sei.

Während die dem Ausschuß vorgelegten Berichte keine Entschließungsentwürfe enthielten, brachte Abg. **Tamas Wachsler** (Ungarn) mit der erforderlichen Unterstützung durch Abg. **Sari van Heemskerck** (Niederlande) sowie Abg. **Charlie Rose** und andere US-Vertreter, einen Textentwurf ein, um den nächsten NATO-Gipfel mit der Erweiterungsfrage zu befassen. Der Entwurf befürwortet die Vision eines erweiterten Bündnisses und fordert die Definition entsprechender Verfahren, ohne einzelne Länder oder Zeiträume zu benennen. Nach angeregter Debatte und einigen Änderungsanträgen wurde er als einzige Vorlage des Verteidigungsausschusses dem Plenum zugeleitet.

Der Ausschuß wählte Abg. **Thijs van Vlijmen** (Niederlande) zum neuen Vorsitzenden und die Abg. **David Clark** (Vereinigtes Königreich) und **Norman Sisisisky** (USA) zu neuen stellvertretenden Vorsitzenden. Abg. **Rafael Estrella** (Spanien) wurde zum Generalberichterstatter gewählt. Die Delegierten wählten Abg. **Anders Sjaastad** (Norwegen) zum Vorsitzenden des Unterausschusses „Zukunft der Streitkräfte" und regten eine neue Arbeitsgruppe zur Frage der Erweiterung der NATO, unter dem Vorsitz von Senator **William Roth** (USA) und mit Abg. **Karsten D. Voigt** (Bundesrepublik Deutschland) als Berichterstatter an, der der Ständige Ausschuß am 10. Oktober 1993 seine Zustimmung erteilte.

Wirtschaftsausschuß

Der Wirtschaftsausschuß beriet am 8. und 9. Oktober 1993 unter Vorsitz von Abg. **Sir Wiggin** (Vereinigtes Königreich) den von Abg. **Zijlstra** (Niederlande) verfaßten Sonderbericht „Rumänien und Lettland: Wirtschaft am Scheideweg", den von Abg. **Dr. Norbert Wieczorek** (Bundesrepublik Deutschland) vorgelegten Zwischenbericht des Unterausschusses „Ost-West-Wirtschaftszusammenarbeit und -konvergenz" über den „Prozeß der Wirtschaftsreformen in Rußland" sowie den Generalbericht über „EG-USA-Handelsbeziehungen: die zukünftigen Herausforderungen" von Abg. **Estrup** (Dänemark).

Zu Beginn der Sitzung bat der Vorsitzende **Sir Wiggin** (Vereinigtes Königreich) den Präsidenten der dänischen Nationalbank, **Erik Hoffmeyer,** über die Entwicklung des Europäischen Währungssystems (EWS) zu referieren. Das Europäische Währungssystem, welches das von den USA beherrschte Bretton-Woods-System abgelöst hatte, sei Mitte August 1993 zum Stillstand gekommen. Eine Ursache für den Zusammenbruch sei der mangelnde politische Wille wie auch die ablehnende Haltung der Bevölkerung in den EG-Ländern zu einer gemeinsamen Währung. Insgesamt bewertete Hoffmeyer diesen Vorgang als einen Rückschlag für den europäischen Einigungsprozeß. Zusammenfassend stellte er fest, daß die Grundlagen der Wirtschaftsmechanismen in den einzelnen EG-Ländern unterschiedlich definiert würden und damit die Basis für ein gemeinsames EWS fehle. Darüber hinaus würden die im Maastrichter Vertrag als Voraussetzung für eine Europäische Währungsunion fest-

gelegten Konvergenzkriterien von den meisten EG-Ländern nicht erfüllt.

In der anschließenden Diskussion bemerkte Senator **Gaud** (Frankreich), daß Spekulationskäufe das System erschüttert hätten und fragte Hoffmeyer, ob es gegen derartige Käufe keine Handhabe gäbe und wie ein für alle EG-Länder akzeptables EWS aussehen könne. **Erik Hoffmeyer** bemerkte dazu, zunächst müsse der politische Wille gefestigt werden; weiterhin sei eine Koordinierung der Finanz- und Ausgabenpolitik Grundvoraussetzung für ein funktionierendes EWS. Gerade die beiden letztgenannten Aspekte seien im Maastrichter Vertrag unzureichend ausgestaltet.

Die Frage des Abg. **Zijlstra** (Niederlande), ob an den Konvergenzkriterien festgehalten werden solle, wurde von **Erik Hoffmeyer** eindeutig bejaht.

Abg. **Dr. Norbert Wieczorek** (Bundesrepublik Deutschland) bestätigte, daß in allen EG-Ländern die Unterstützung für Maastricht erlahmt sei, was er u. a. auf die wirtschaftlichen Probleme zurückführe. Nicht die Spekulationskäufe, sondern vielmehr die mangelnde Anpassung der Märkte an die politische Zurückhaltung hätten den Zusammenbruch des Systems verursacht. Glaubwürdigkeit und Vertrauen könne u. a. dadurch zurückgewonnen werden, daß eine Europäische Zentralbank eingesetzt und ihr die Anpassungsaufgabe übertragen werde.

Abg. **Ratiu** (Rumänien) fragte konkret, ob der Druck auf die Bundesbank zu groß gewesen sei und zum Zusammenbruch des Systems mit beigetragen habe.

Erik Hoffmeyer bemerkte dazu, daß es bereits im Frühjahr 1993 eindeutige Hinweise darauf gegeben habe, daß sich Deutschland auf eine Rezession zubewegte und eine Senkung der Leitzinsen bevorstand.

Staatsminister **Rudi Geil** (Bundesrepublik Deutschland) räumte ein, daß gegenwärtig der politische Wille zum EWS tatsächlich fehle und in dieser wie auch in anderen vergleichbaren Situationen zu beobachten sei, daß, wenn nationale Vorteile anstünden, langfristig angelegte gemeinsame Ziele leichtfertig aufs Spiel gesetzt würden. Er fragte, ob ein Gemeinsamer Markt auch ohne EWS vorstellbar sei. Unter Hinweis auf die gegenwärtige Situation hielt Erik Hoffmeyer dies für durchaus möglich.

Im weiteren Verlauf der Ausschußberatungen faßte der Sonderberichterstatter über die Wirtschaftslage in Rumänien und Lettland, Abg. **Zijlstra** (Niederlande), die Ergebnisse seiner Untersuchungen zusammen und stellte fest, daß in Rumänien die Maßnahmen zur Einführung der Marktwirtschaft noch nicht die erwartete Stabilisierung gezeitigt hätten, so daß der IWF seine Kreditzusagen nicht habe aufrechterhalten können. In Lettland sei die Inflationsrate relativ niedrig und die Währung stabil. Zur Förderung der Wirtschaft habe die aus den jüngsten Wahlen hervorgegangene Regierung eine zentrale Behörde zur Beseitigung von Investitionshemmnissen eingerichtet.

In der darauf folgenden Aussprache empfahl Senator **Gaud** (Frankreich) den Rumänen, die Agrarwirtschaft zu modernisieren, eine bessere Energieversorgung zu schaffen und bei der Bevölkerung um Verständnis für unpopuläre Maßnahmen zu werben.

Abg. **Petrescu** (Rumänien) bezeichnete den Bericht als schmerzlich, aber realistisch, nannte als positive Faktoren in seinem Land jedoch das hohe Ausbildungsniveau und die Leistungsbereitschaft der rumänischen Bevölkerung.

Anschließend referierte der frühere Finanzminister Polens, **Leszek Balcerowicz,** über die wirtschaftliche Lage in seinem Land. Die Ausgangslage in Polen sei von unzureichenden Wirtschaftsstrukturen, einem zentralistischen System und einer schwachen öffentlichen Verwaltung geprägt gewesen. Polen unterziehe sich in der jetzigen Übergangsphase einer Schocktherapie, die zu hoher Arbeitslosigkeit und beruflichen Verwerfungen führe. Besonders wichtig sei für Polen nun der Zugang zu den Märkten Europas und eine mutige Reform der EG.

Eine Parallele zu der Lage in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg ziehend, gab Abg. **Dr. Norbert Wieczorek** (Bundesrepublik Deutschland) zu bedenken, daß der Zeitplan in Polen möglicherweise zu ehrgeizig gewesen sei.

Zu der Agrarreform in Polen schlug Abg. **van Gennip** (Niederlande) vor, daß sich die Bauern in Polen zusammenschließen sollten, um auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu werden. Auf die von britischer Seite aufgeworfene Frage, wann Polen der EG beitreten wolle, erwiderte **Leszek Belcerowicz,** zunächst liege es bei der EG, realistische Bedingungen und Planungen für den Beitritt seines Landes zu nennen; dies würde zweifellos zusätzliche Anreize für verstärkte Anstrengungen der Polen bieten.

Abg. **Dr. Norbert Wieczorek** (Bundesrepublik Deutschland) faßte die Ergebnisse seines Zwischenberichts „Prozeß der Wirtschaftsreformen in Rußland" des Unterausschusses „Ost-West-Wirtschaftszusammenarbeit und -konvergenz" zusammen. Er wies insbesondere darauf hin, daß die Maßnahmen zur Inflationsbekämpfung, Verringerung des Haushaltsdefizits und Einführung marktwirtschaftlicher Grundsätze in Rußland Grundvoraussetzung für eine wirtschaftliche Stabilisierung seien. Sie müßten jedoch auch von der Bevölkerung mitgetragen werden, damit sich der Reformprozeß festigen und der Westen sich auch weiterhin in Rußland engagieren könne. Nur mit Hilfe einer funktionierenden Verwaltung seien die Reformvorhaben umsetzbar. Dem stünden allerdings von der Mafia gesteuerte Aktivitäten entgegen, denen der russische Staat energisch entgegentreten müsse.

In der anschließenden Diskussion äußerten sowohl Abgeordnete aus den USA als auch aus dem Vereinigten Königreich ihre Besorgnis über die nukleare Sicherheit in den GUS-Staaten. Angesichts der politischen Umwälzung sei keine effektive Kontrolle über den Verbleib der nuklearen Raketen und Gefechtsköpfe mehr möglich.

Auf einen anderen Aspekt seines Berichts eingehend hob Abg. **Dr. Norbert Wieczorek** (Bundesrepublik Deutschland) die Bedeutung einer funktionierenden Verwaltung — auch auf regionaler Ebene — für die wirtschaftliche Erholung in der Russischen Föderation

hervor. Kritisch äußerte er sich über die illegale Anlage von Schwarzgeld in Höhe von schätzungsweise 40 Milliarden Dollar, was in etwa der Höhe der Auslandsverschuldung Rußlands entspreche.

Im weiteren Verlauf der Ausschußberatungen faßte Abg. **Estrup** (Dänemark) den Generalbericht „Handelsbeziehungen USA–EG: zukünftige Herausforderungen" zusammen. Auf der Basis ihrer gemeinsamen Werte hätten die USA und Europa stets ihre Handelsbeziehungen aufrechterhalten, auch wenn in Zeiten wirtschaftlicher Einbrüche hüben wie drüben protektionistischen Maßnahmen das Wort geredet werde. Detailliert analysierte Abg. **Estrup** (Dänemark) die Chancen und Risiken eines „Transatlantischen Wirtschaftskooperationsrates", der den isolationistischen Tendenzen diesseits und jenseits des Atlantiks entgegenwirken, transatlantische Handelskonflikte beilegen und die globalen, der Weltwirtschaft zugrunde liegenden Aspekte herausarbeiten soll.

In der darauf folgenden Diskussion äußerten einige Abgeordnete Zweifel, ob ein neues Gremium überhaupt geschaffen werden sollte und wenn ja, ob der modellhaft beschriebene Streitschlichtungsmechanismus funktionieren könne.

Fortgesetzt wurden die Ausschußberatungen mit der Diskussion der wirtschaftlichen Aspekte des „task force"-Berichts der vom Präsidenten der Versammlung eingesetzten Arbeitsgruppe.

Kritisch äußerte sich der Ausschußvorsitzende Abg. **Sir Wiggin** (Vereinigtes Königreich) über die im Bericht vorgeschlagene Einsetzung eines Wirtschaftsrates, weil dieser von den nationalen Regierungen nicht mit ausreichenden Befugnissen ausgestattet werde, um strittige Fragen effektiv lösen zu können.

Staatsminister **Rudi Geil** (Bundesrepublik Deutschland) führte aus, daß es gerade in wirtschaftlich schlechten Zeiten schwer sei, Kompromisse zu schließen und Zugeständnisse zu machen. Er plädierte dafür, die Demokratien in Osteuropa zu stabilisieren und wirtschaftlich einzubeziehen, damit das Gefälle zwischen Ost und West abgebaut werden könne.

Abg. **Dr. Norbert Wieczorek** (Bundesrepublik Deutschland) gab unter Hinweis darauf, daß die gemeinsame Agrarpolitik inzwischen von Produktions- zu Einkommenssubventionen übergegangen sei, zu bedenken, in Zukunft die GATT-Runden nicht thematisch zu überfrachten. Ferner schlug er vor, angesichts der bevorstehenden politischen Einigung nicht auf dem Dezember-Termin zu beharren, sofern es bis dahin nur noch um die Klärung technischer Detailfragen gehe.

Gegen Ende der Sitzung wurde Abg. **Dr. Norbert Wieczorek** (Bundesrepublik Deutschland) zum Generalberichterstatter des Wirtschaftsausschusses, Abg. **Zijlstra** (Niederlande) zum Berichterstatter und Abg. **Cohen** (Vereinigtes Königreich) zum stellvertretenden Vorsitzenden des Unterausschusses „Ost-West-Wirtschaftszusammenarbeit und -konvergenz" gewählt.

Zu den künftigen Ausschußaktivitäten stellte Senator **Gaud** (Frankreich) einen Besuch Griechenlands, Albaniens und Kasachstans sowie Finnlands und Schwedens in Aussicht.

Abg. **Sir Wiggin** (Vereinigtes Königreich) gab den 3. und 4. November 1993 für das Konversionsseminar in Bremen und den 14. Februar 1994 für den Besuch bei der OECD bekannt.

Ausschuß für Wissenschaft und Technik

Der Ausschuß für Wissenschaft und Technik tagte am 8. und 9. Oktober 1993 unter dem Vorsitz von Abg. **Lothar Ibrügger** (Bundesrepublik Deutschland). Auf der Tagesordnung des Ausschusses standen die Erörterung des Entwurfs eines Generalberichts von Abg. **Sir Peter Emery** (Vereinigtes Königreich), der Entwurf eines Zwischenberichts von Abg. **Robert Banks** (Vereinigtes Königreich) sowie der Entwurf eines Sonderberichts des Abg. **Tom Lewis** (USA). Als Gastredner hatte der Ausschuß den dänischen Industrieminister **Jan Trojborg** sowie einen Vertreter der Abteilung Wissenschaft und Umwelt der NATO, **Dr. Paul Rambaut** sowie den Direktor am Monterey-Institut für Internationale Studien, **Dr. William C. Potter** eingeladen.

Der Ausschuß befaßte sich zunächst mit dem Entwurf des Generalberichts über die Verbreitung von Kernwaffen. **Sir Peter Emery** warnte bei der Vorstellung seines Berichts in eindringlichen Worten vor der großen Gefahr, die die Weiterverbreitung nuklearer Waffen für die ganze Welt bedeutet. Gerade jüngste Ereignisse, wie Nordkoreas Ankündigung, sich aus dem NV-Vertrag zurückzuziehen und das im Irak entdeckte Nuklearwaffenprogramm, aber auch der kürzlich von China durchgeführte Atomwaffentest zeigten, wie aktuell und brisant dieses Thema sei. Er betonte, daß es im Interesse aller verantwortungsbewußten Regierungen und Parlamente sei, auf die entsprechenden Länder einzuwirken, damit die auf ihrem Boden befindlichen Kernwaffen und das nukleare Material sowie der Handel mit nuklearen Waffen einer sicheren Kontrolle unterstellt würden.

Der Berichterstatter ging auch auf das internationale Nichtverbreitungssystem und die Anwendung des NV-Vertrags und seine Kontrolle durch die Internationale Atomenergiebehörde (IAEO) ein. **Sir Peter Emery** führte aus, daß angesichts der Brisanz des Problems eine Überprüfung und Verstärkung der von der IAEO festgelegten Sicherungsmaßnahmen („Safeguards") dringend erforderlich sei. Auch eine Erweiterung des Kreises der „suppliers group" (der Lieferländer) kerntechnischer Anlagen sei erforderlich. Dies seien Themen, die auf der 1995 geplanten NV-Verlängerungskonferenz erörtert werden müßten. Wichtig sei aber auch, den Dialog mit China und Nordkorea nicht abzubrechen. Es dürfe allerdings keine Lösung in bezug auf Nordkorea akzeptiert werden, die weiterhin den Inspektionen durch die IAEO entgegenstehe. Ziel der Staatengemeinschaft müsse es sein, nur noch ein kleines internationales Atomwaffenpotential zu besitzen, das von wenigen verantwortungsbewußten Staaten verwaltet werde,

um zu verhindern, daß verantwortungslose Außenseiterstaaten, die illegal in den Besitz von Kernwaffen gelangen, damit die Staatengemeinschaft erpressen könnten.

In der anschließenden Diskussion sprachen mehrere Ausschußmitglieder das Problem der Kernwaffen auf dem Boden der ehemaligen Sowjetunion an und fragten nach Maßnahmen, um den illegalen Verkauf von Kernwaffen, nuklearem Material und Know-how zu verhindern. Gerade in diesem Teil der Welt seien nach dem Ende des Kalten Krieges immense Probleme entstanden, deren Lösung nicht ohne die Hilfe des Westens möglich sei. Senator **Earl Hastings** (Kanada) erklärte, daß sein Land der Verlängerung des NV-Vertrags uneingeschränkt zustimme ebenso wie einer Stärkung der IAEO. Er forderte ebenfalls, mehr Mitglieder in die „suppliers group" aufzunehmen.

Der italienische Abgeordnete **Giuseppe Zamberletti** forderte, neue Wege zu beschreiten, möglicherweise auch unter Heranziehung der Vereinten Nationen, um zu verhindern, daß verantwortungslose Regierungen Atomwaffen und Material für ihre politischen Ziele einsetzen könnten.

Der Ausschuß billigte einstimmig den Berichtsentwurf.

In seinem Vortrag „Sicherheit auf See" berichtete der dänische Industrieminister **Jan Trojborg** dem Ausschuß über die von Dänemark getroffenen Maßnahmen, um die Sicherheit auf See und die Bekämpfung der Meeresverschmutzung zu verbessern. Er wies darauf hin, daß die in den letzten Jahren zu verzeichnenden Tankerunfälle die Notwendigkeit gezeigt hätten, die Seefahrt sicherer zu machen und damit auch die Meeresverschmutzung zu reduzieren. Die Internationale Seeschiffahrts-Organisation (IMO) habe zahlreiche Empfehlungen zur Verbesserung der Sicherheit auf See aufgestellt, die von Dänemark voll und ganz unterstützt würden. Insbesondere die von der IMO verabschiedeten Bauvorschriften für die Tankersicherheit, z. B. Doppelhüllen, müßten unbedingt von allen betroffenen Staaten befolgt werden. Er setzte sich auch für das Recht einer Kontrolle ausländischer Schiffe durch den Hafenstaat ein, um die Durchführung der internationalen Sicherheitsnormen zu gewährleisten.

Als weiteren Gastredner hatte der Ausschuß den stellvertretenden Generalsekretär der Abteilung Wissenschaft und Umwelt bei der NATO, **Dr. Paul Rambaut,** eingeladen, über die wissenschaftliche und umweltpolitische Zusammenarbeit im Rahmen des NAKR-Arbeitsplans zu sprechen.

Dr. Rambaut stellte in seinem Vortrag das NATO-Programm für Wissenschaft und Technik vor, das nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion auf die mittel- und osteuropäischen Staaten sowie auf Zentralasien erweitert worden sei. Im Rahmen dieses Programmes würden Fragen praktischer Bedeutung, wie Umweltprobleme, Biotechnologie und Energieerzeugung behandelt. Für 1993 sehe der neue Arbeitsplan zahlreiche kooperative Aktivitäten innerhalb des NAKR vor, deren Ziel es sei, den Herausforderungen der modernen Gesellschaft gerecht zu werden. Darüber hinaus biete das Wissenschaftsprogramm der NATO Wissenschaftlern aus allen NAKR-Staaten die Möglichkeit, im Rahmen von Ausbildungs- und Weiterbildungsprogrammen und anderen Projekten, einen Dialog mit Wissenschaftlern aus anderen Staaten zu führen und ihre Kenntnisse zu erweitern.

Auf Fragen der Ausschußmitglieder, ob das Programm auch dazu genutzt werden könne, den vielen Tausenden arbeitslosen Wissenschaftlern in der ehemaligen Sowjetunion zu helfen, gab **Dr. Rambaut** zu bedenken, daß das Programm zwar auch in diese Richtung gehe, jedoch die finanziellen Mittel des Programms zu begrenzt seien, als daß sie der Größenordnung dieses Problems gerecht werden könnten.

Dem Ausschuß lag als zweiter Bericht der Entwurf des Sonderberichts über die Verbreitung ballistischer Flugkörper des Berichterstatters Abg. **Tom Lewis** (USA) vor.

Abg. **Tom Lewis** befaßte sich in seinem Bericht mit den Gründen für den Erwerb ballistischer Waffen und Technologien und den Möglichkeiten, der Weiterverbreitung dieser Waffen Einhalt zu gebieten. Er unterstrich, daß das Raketentechnologie-Kontrollsystem (MTCR) bemüht sei, den Erwerb von Flugkörpern einzudämmen, indem es gemeinsame Richtlinien für den Export von ballistischen Flugkörpern und Technologien aufstelle. Jedoch könne dieses System nicht als lückenlos bezeichnet werden, weil einige Staaten sich nicht daran beteiligten und andere Mittel und Wege fänden, es zu umgehen. Da nicht verhindert werden könne, daß ballistische Flugkörper und Technologie in falsche Hände geraten, werde jetzt besonders viel Wert darauf gelegt, Flugkörperabwehrsysteme zu entwickeln, um sich vor Angriffen begrenzten Ausmaßes zu schützen, wie z. B. im Golfkrieg.

Der Berichterstatter empfahl in seinen Schlußfolgerungen angesichts der wachsenden Bedrohung durch ballistische Flugkörper dem Westen, sich darauf einzustellen, mit einer Bedrohung dieser Art konfrontiert zu werden. Gleichzeitig müsse alles unternommen werden, um eine größere Koordinierung und eine Stärkung des MTCR zu erreichen. Sorge bereite auch die Tatsache, daß ballistische Flugkörper auch nuklear ausgestattet werden könnten.

Mehrere Ausschußmitglieder sprachen sich in der anschließenden Debatte dafür aus, weiterhin ein Selbstverteidigungssystem gegenüber ballistischen Flugkörpern aufrechtzuerhalten. Angesichts einer Reihe nicht vertrauenswürdiger Staaten, die im Besitz chemischer und ballistischer Waffen seien, müsse dieses Problem ein zentrales Anliegen der NATO-Beratungen werden.

Der Ausschuß billigte einstimmig den Berichtsentwurf über die Weiterverbreitung ballistischer Flugkörper.

Als dritten Gastredner hatte der Ausschuß **Dr. William Potter,** Professor für internationale Politikwissenschaft am Monterey-Institut für Internationale Studien, USA, und Direktor des Zentrums für russische und eurasische Studien eingeladen.

Prof. Potter erläuterte dem Ausschuß die Arbeit seines Zentrums und insbesondere des Projekts zur Kontrolle

der Weiterverbreitung nuklearer Waffen. Schwerpunkte seien hierbei die systematische Erhebung von Daten über nukleare Waffen, Flugkörper und moderne technische Ausrüstung und Technologie sowie über den Handel mit diesen Waffen. Diese vom Monterey-Institut gewonnenen Daten würden Wissenschaftlern und Politikern in der ganzen Welt für ihre Arbeit zur Verfügung gestellt. Potter wies darauf hin, daß nach dem Ende des Kalten Krieges zahlreiche neue Bedrohungen entstanden seien. Er nannte in diesem Zusammenhang die Nuklearisierung in den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion, den nuklearen Terrorismus und die Gefahr einer nuklearen Verseuchung.

Zwar hätten einige der Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion den Nichtverbreitungsvertrag unterzeichnet oder ihre Bereitschaft dazu erklärt, jedoch gebe es gerade in diesen Staaten, wie z. B. der Ukraine, besondere Probleme. Gefährlich sei auch das Potential der unkontrollierten Exporte aus der ehemaligen Sowjetunion sowohl im Hinblick auf Waffen als auch auf Fachwissen. Aufgrund der infolge des Zerfalls der ehemaligen Sowjetunion eingetretenen Dezentralisierung gebe es keine zentrale Kontrollstelle mehr, und es sei sogar Privatunternehmen möglich, Zugang zu nuklearen Anlagen zu erhalten. Es fehle eine gesetzliche Kontrolle für nukleare Exporte, und die meisten Nachfolgestaaten räumten der Festlegung gesetzlicher Bestimmungen in diesem Bereich auch keine allzu große Priorität ein. Darüber hinaus gebe es viele technische Mängel und unzureichende Sicherheitsmaßnahmen für den Betrieb der bestehenden nuklearen Anlagen. Es fehle an Geld, selbst für die notwendigen Instandhaltungsarbeiten.

Auch die Zerstörung und Verschrottung der nuklearen Waffen in den GUS-Staaten sei nicht problemlos: **Prof. Dr. Potter** forderte als Abhilfe, nicht nur Technologie und Geld bereitzustellen, sondern auch Aufklärung und die Bewußtseinsbildung in bezug auf die drohenden Gefahren zu fördern. Der Westen müsse seine Glaubwürdigkeit beweisen, indem er die gemachten Hilfsversprechungen erfülle. Potter erwähnte in diesem Zusammenhang Belarus, das alle Voraussetzungen erfüllt habe. Wichtig sei es außerdem, auf diese Weise Signale für andere bereitwillige Staaten auszusenden. Weitere Schwerpunkte seines Vortrags waren die Erweiterung des Kreises der „suppliers group" und ein beispielhaftes Verhalten der großen Kernwaffenstaaten wie USA, England und Frankreich hinsichtlich des Moratoriums von Atomtests.

Als letzten Bericht erörterte der Ausschuß den Entwurf des Zwischenberichts über die nuklearen Waffen in der ehemaligen Sowjetunion und das nukleare Potential in Mittel- und Osteuropa. Der Berichterstatter Abg. **Robert Banks** (Vereinigtes Königreich) unterstrich in seinem Bericht, daß sich die nuklearen Arsenale in der ehemaligen Sowjetunion auf die vier Staaten Belarus, Rußland, Kasachstan und die Ukraine konzentrierten. Sämtliche Kernwaffen müßten laut den Rüstungskontrollvereinbarungen zwischen Rußland und diesen Staaten in Rußland verschrottet werden. Belarus und Kasachstan hätten sich auf die Erfüllung ihrer Verpflichtungen festgelegt, die Ukraine sei jedoch zurückhaltend und verweise auf Bedenken hinsichtlich der Sicherheit und erwarte westliche Hilfe bei der Verschrottung. Der Berichterstatter forderte eine unbürokratische Zusammenarbeit zwischen Ost und West zur Lösung dieser Probleme.

Das nukleare Erbe der Sowjetunion erstrecke sich aber auch auf andere Bereiche. So seien Mittel- und Osteuropa im höchsten Maße abhängig von Atomenergie aus Reaktoren, die nach sowjetischer Technik gebaut worden seien. Die Sicherheit dieser Anlagen gebe Anlaß zu größter Besorgnis. Leider käme eine Stillegung wegen mangelnder Alternativenergien derzeit nicht in Betracht. Ein weiteres Problem sei die Frage der Entsorgung von Atommüll. Rußland lehne es ab, den Atommüll anderer GUS-Staaten zu entsorgen; diese Länder verfügten selbst aber nicht über die notwendigen Entsorgungseinrichtungen. Es sei äußerst wichtig, die Staaten, die Kernwaffen besitzen, zu überzeugen, den START I-Vertrag und den Nichtverbreitungsvertrag zu unterzeichnen. Dies müsse Voraussetzung sein, um Hilfen des Westens weiterhin zu erhalten.

Im zweiten Teil seines Berichts griff der Berichterstatter das Problem der Umweltverschmutzung in Mittel- und Osteuropa auf und warnte, ebenso wie Prof. Potter, vor den akuten Sicherheitsmängeln beim Betrieb zahlreicher Atomreaktoren in Mittel- und Osteuropa und der von ihnen ausgehenden Gefahr für ganz Europa. Zwar gebe es bilaterale Hilfsprogramme zwischen einzelnen Ländern, und auch die IAEO stelle Rat und technische Hilfe zur Verfügung, doch müsse der Westen schon aus eigenem Interesse mehr als bislang tun, um diese Gefahr zu beseitigen. Der Ausschuß verabschiedete den Berichtsentwurf einstimmig.

Senator **Earl Hastings** (Kanada) erstattete dem Ausschuß anschließend einen kurzen Bericht über die Tätigkeit des Unterausschusses „Technologie und Umwelt". Er faßte die Ergebnisse des Rose-Roth-Seminars in Kiew zum Thema „Die Sicherheit der Ukraine und Europas" sowie des Besuchs des Unterausschusses in Spitzbergen zusammen. Er regte an, den Namen des Unterausschusses in „Unterausschuß über die Verbreitung militärischer Technologie" umzuändern. Der Vorsitzende Abg. **Lothar Ibrügger** stimmte zu, diesen Vorschlag dem Ständigen Ausschuß zur Billigung zu unterbreiten.

Der Ausschuß verabschiedete am Schluß seiner Beratungen einstimmig den von **Sir Peter Emery** vorgelegten Entschließungsentwurf mit den vom Berichterstatter angebrachten Änderungen.

Auf Vorschlag des scheidenden Ausschußvorsitzenden Abg. **Lothar Ibrügger** wählte der Ausschuß Senator **Earl Hastings** (Kanada) zum neuen Vorsitzenden, **Sir Peter Emery** (Vereinigtes Königreich) und **Jaime Perez-Llorca** (Spanien) wurden zum stellvertretenden Vorsitzenden bestimmt. Als neuer Generalberichterstatter wurde **Robert Banks** (Vereinigtes Königreich) gewählt. Als Sonderberichterstatter wurde **Tom Lewis** (USA) in seinem Amt bestätigt. Zum Vorsitzenden des Unterausschusses „Verbreitung militärischer Technologie" wurde **Lothar Ibrügger** (Bundesrepublik

Deutschland) gewählt. Als stellvertretende Vorsitzende wurden **Adérito Campos** (Portugal) sowie **Giuseppe Zamberletti** (Italien) und als Berichterstatter des Unterausschusses **Sherwood L. Boehlert** (USA) gewählt.

Ausschuß für zivile Angelegenheiten

Der Ausschuß für zivile Angelegenheiten tagte am 8. und 9. Oktober 1993 unter dem Vorsitz von Abg. **Brigitte Schulte** (Bundesrepublik Deutschland). Der Ausschuß behandelte Berichtsentwürfe von Abg. **Javier Ruperez** (Spanien), **Lord Chilworth** (Vereinigtes Königreich) und **Astori** (Italien). Vor dem Ausschuß sprachen als Gastredner der Botschafter i. R. **Sir Stephen Barret** (Vereinigtes Königreich) zu dem Thema „Demokratisierung in Zentral- und Osteuropa" und **Prof. Ostergaard** (Dänemark) vom Institut für Kulturstudien der Universität Aarhus, der sich zu „Problemen der politischen Repräsentation in westlichen Demokratien" äußerte. Ferner hatte der Ausschuß **Prof. Alaoui** (Marokko), Universität Rabat, eingeladen, zu „Politischen und ideologischen Trends in muslimischen Gesellschaften" zu sprechen.

Der Generalbericht zum Thema „Demokratisierung in Mittel- und Osteuropa: eine Zwischenbewertung" von **Javier Ruperez** (Spanien) befaßt sich mit den Fortschritten des Demokratisierungsprozesses in den Ländern Mittel- und Osteuropas einschließlich des westlichen Teils der früheren Sowjetunion. Er definiert zunächst die anerkannten Grundvoraussetzungen einer Demokratie, wonach ein demokratisches System zumindest drei Grundprinzipien achten muß: Rechtsstaatlichkeit, politischen Pluralismus und die Achtung individueller Rechte und Freiheiten. Daneben setze eine funktionierende Demokratie bestimmte wirtschaftliche, kulturelle und soziale Bedingungen voraus. Am Beispiel von Belarus wird dargelegt, daß ideologischer Widerstand zu einem maßgeblichen Teil verantwortlich ist für die Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation, die umgekehrt die noch zögerliche öffentliche Unterstützung des Reformprozesses unterminiert. Der Bericht gelangt zu dem Ergebnis, daß den meisten mittel- und osteuropäischen Ländern eine „demokratische Kultur" fehle, die den Respekt der Rechte anderer, die Unterscheidung zwischen persönlicher Anschauung und politischen Programmen sowie die Fähigkeit zu rationaler Diskussion und Kompromißbereitschaft einschließt. Die westlichen Regierungen und Parlamente, denen große Verantwortung für die Fortsetzung des Demokratisierungsprozesses zukomme, sollten die Parteien und politischen Gruppen identifizieren, die die demokratische Entwicklung am stärksten fördern und ihnen besondere Hilfe anbieten. Dabei sollte jede Gelegenheit wahrgenommen werden, parlamentarische Kontakte zu entwickeln, um den dortigen Gesetzgebern bei der Erreichung „demokratischer Kultur" zu helfen. Technische Hilfe für parlamentarische Abläufe sollte unter der Schirmherrschaft des Europarates und anderer Organisationen koordiniert werden; ferner sei der Pressefreiheit besondere Aufmerksamkeit zu widmen.

Der Zwischenbericht von Abg. **Geoff Wilson** (Kanada), der sich mit dem Thema „Die menschliche Dimension der KSZE: Prinzipien, Mechanismus und Umsetzung" auseinandersetzt, geht zunächst auf die Entwicklung der menschlichen Dimension ein, zu deren Umsetzung eine Reihe von Institutionen und Mechanismen eingerichtet wurden: ein spezieller „Mechanismus", der Berichterstatter-Missionen gestattet zur Untersuchung von Verletzungen der Menschen- oder Minderheitenrechte; ein Hochkommissar für nationale Minderheiten, der ethnische und nationale Konflikte aufspüren und verhindern solle und der von einem Büro für Demokratische Institutionen und Menschenrechte unterstützt wird. Der Bericht untersucht die Wirksamkeit dieser Mechanismen und die Beziehung zu anderen Elementen des „Europäischen Menschenrechtssystems", insbesondere dem Europarat. Dabei gelangt er zu der Schlußfolgerung, daß die Fähigkeit der KSZE, Menschenrechtsangelegenheiten und Fragen der Konfliktprävention/Konfliktlösung zu verbinden, von herausragender Bedeutung ist angesichts der Tatsache, daß die meisten Konflikte ihre Ursache in der Verletzung von Rechten bestimmter Gruppen haben. Dabei müsse Doppelarbeit mit dem Europarat vermieden werden. Bei der Einrichtung eines Systems zur politischen Überwachung der von den Staaten eingegangenen Verpflichtungen sollte sinnvollerweise eine Ergänzung der rechtlichen Überwachung durch den Europarat angestrebt werden. Zu diesem Zweck müsse die Koordination zwischen den beiden Institutionen verstärkt werden. Um eine größere Wirksamkeit der KSZE-Einrichtungen zu ermöglichen, fordert der Berichterstatter deren Ausstattung mit den erforderlichen finanziellen Mitteln, was allerdings nicht zur Entwicklung einer KSZE-Bürokratie führen dürfe.

Als letzten Bericht behandelte der Ausschuß den Zwischenbericht des Unterausschusses „Südregion" von Abg. **Augusto Borderas** zum Thema „Fundamentalistische Tendenzen und die Zukunft der Demokratie in Nordafrika". Der Berichterstatter geht davon aus, daß die Bündnismitglieder in ihrem Umgang mit dem Erstarken des Islam drei Faktoren in Betracht ziehen müssen — das islamische politische Denken, die Art der politischen Regime in Nordafrika und die wirtschaftliche und soziale Situation in den Regionen. Als politisches Projekt könne der Islam nicht mit der Demokratie in Einklang gebracht werden, da er die grundsätzliche Trennung zwischen Politik und privatem bzw. religiösem Leben nicht akzeptiere. Dies schließe jedoch nicht die Vereinbarkeit von muslimischer Religion und Demokratie aus. Der Bericht gibt zu bedenken, daß der Islam vor dem Hintergrund einer politischen und wirtschaftlichen Unzufriedenheit der Bevölkerung gesehen werden müsse, die durch diese Strömung eine Kanalisierung erfahre. Die Bevölkerung sehe sich mit einer Elite konfrontiert, die mehr an der Erhaltung ihrer eigenen Macht interessiert sei als an der Verbesserung der Lebensumstände eines stetig wachsenden Volkes mit stetig sinkenden wirtschaftlichen Möglichkeiten. Auch wenn eine Machtteilhabe der Islamisten nicht wünschenswert sei, spricht sich der Bericht gegen die in den nordafrikanischen Staaten vorherrschende repressive Politik aus, die Radikalisierung fördere. Erforderlich sei viel-

mehr eine vorsichtige demokratische Öffnung, die auch der Opposition die Möglichkeit einräumt, ihre Ansichten zu vertreten, und vor allen Dingen Anstrengungen zur Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen, was auch den westlichen Gesellschaften eine gewisse Öffnung ihrer Märkte abverlange.

Der Ausschuß beschloß, die anstehende Wahl des stellvertretenden Vorsitzenden des Unterausschusses „KSZE" zu verschieben, da noch keine norwegische Delegation benannt ist. Abg. **Pedro Moya** (Spanien) wurde zum Berichterstatter des Unterausschusses „Mittelmeerraum" gewählt, Abg. **Del Pennino** (Italien) zum zweiten stellvertretenden Vorsitzenden. Alle übrigen Amtsträger des Ausschusses wurden wiedergewählt.

Plenarsitzung

Eröffnungsansprache des Präsidenten der Versammlung, Abg. Loïc Bouvard (Frankreich)

Der NAV-Präsident ging zu Beginn seiner Ansprache auf die jüngsten Ereignisse in Rußland ein, die die Verletzlichkeit der jungen Demokratie deutlich machten. Bouvard bedauerte, daß der Einsatz von Gewalt notwendig geworden sei, eine Alternative hierzu habe es jedoch nicht gegeben. Die westlichen Länder hätten mit der Unterstützung Jelzins die richtige Entscheidung getroffen, deren Fortdauern setze allerdings voraus, daß der Präsident sich entschieden für die weitere Demokratisierung einsetze, beginnend mit der Durchführung freier Wahlen. In der Außenpolitik dürfe der Wille Rußlands, auch in Zukunft einen gewissen Einfluß auf seine Nachbarländer auszuüben, nicht zu einem Widerspruch zu den KSZE-Prinzipien führen. Im weiteren Verlauf seiner Ansprache betonte Bouvard, das Bündnis müsse auch in der Zukunft seine Kernfunktionen beibehalten, nämlich die kollektive Verteidigung, die Konsultation der Verbündeten in Sicherheitsfragen und die Gewährleistung des amerikanischen Engagements in Europa, das für die Sicherheit des Kontinents unverzichtbar sei. Darüberhinaus sollte die Allianz die KSZE bei Konfliktverhütung und Krisenmanagement unterstützen und zur Festigung von Grundwerten der Demokratie in den mittel- und osteuropäischen Ländern beitragen. Der Präsident unterstrich, daß ein dauerhafter Friede die Einbeziehung Rußlands und seiner Nachbarländer in diesen Prozeß voraussetze, wobei er seiner Hoffnung Ausdruck gab, daß auf dem nächsten NATO-Gipfel ein deutliches Signal zur Öffnung gegeben werde. Als Maßnahmen auf parlamentarischer Ebene schlug er ein Programm zur Stabilisierung der Demokratie in Rußland vor, das nach der Wahlbeobachtung praktische Hilfestellung für das neugewählte Parlament in verschiedenen Bereichen umfassen soll. Hierbei nannte er unter anderem die Einführung ziviler Kontrolle des Militärs, Organisation der Polizei und der inneren Sicherheit sowie Unterstützung im Bereich von Wirtschaft, Wissenschaft und Technologie. In diesem Zusammenhang unterstrich Bouvard, daß die Versammlung bereits seit langer Zeit zur Unterstützung der jungen Demokratien durch die Aufnahme assoziierter Mitglieder beigetragen habe und die praktische Solidarität mit diesen Ländern auch in Zukunft als zentrale Aufgabe begreifen werde.

Der dänische Premierminister **Poul Nyrup Rasmussen** ging zu Beginn seiner Ansprache auf die nach Ende des Kalten Krieges veränderte Sicherheitssituation in Europa ein. Während in der Vergangenheit Sicherheit in erster Linie militärisch definiert worden sei, spielten heute wirtschaftliche Aspekte, demokratische Stabilität, Ökologie und die Achtung der Menschenrechte eine herausragende Rolle. Die NATO, die stets auch eine Wertegemeinschaft dargestellt habe, sei für den Prozeß der Umwandlung gut vorbereitet, wobei Rasmussen der Überzeugung Ausdruck gab, daß der kommende NATO-Gipfel einen Meilenstein für die Entwicklung der Organisation darstellen werde. Grundsätzlich stehe die NATO vor einem internen und einem externen Problem: angesichts veränderter sicherheitspolitischer Bedingungen bedürfe das Verhältnis zwischen den europäischen und den amerikanischen Bündnispartnern einer neuen Betrachtung, insbesondere im Hinblick auf die Lastenverteilung. In bezug auf die externen Beziehungen sei von entscheidender Bedeutung die Diskussion um die Annäherung an die mittel- und osteuropäischen Länder und deren Sicherheitsbedürfnisse, wobei jedoch die Sicherheit der Bündnismitglieder nicht vernachlässigt werden dürfe. Eingehend auf den Krieg auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien bezeichnete Rasmussen die häufig geäußerte Ansicht, die internationale Gemeinschaft habe versagt, als unzutreffend. Neben der Komplexität des Konflikts sei zu bedenken, daß die Staatengemeinschaft nahezu unvorbereitet mit dieser Situation konfrontiert worden sei. Unter Bezugnahme auf die Diskussion um die Teilnahme an friedenserhaltenden Maßnahmen wies der Premierminister auf die dänische internationale Brigade hin, die 1995 einsatzbereit sei und im Konfliktfall sofort unter Kommando der VN gestellt werden könne. Im Hinblick auf die aktuelle sicherheitspolitische Debatte unterstrich Rasmussen die fortbestehende Bedeutung der transatlantischen Beziehungen und die Rolle der USA als Garant für die Sicherheit Europas. Er betonte ferner die Notwendigkeit, den Erklärungen zur Einbeziehung der mittel- und osteuropäischen Länder Taten folgen zu lassen, wobei er den Zugang zu den Märkten als entscheidenden Faktor hervorhob. Zur Frage der Aufnahme neuer Mitglieder in die NATO unterstrich Rasmussen, daß dies — wie in der Vergangenheit geschehen — grundsätzlich als Option anzusehen sei, die Komplexität der Situation jedoch eine genaue Analyse erfordere. Entscheidend sei, daß die NATO der Kooperation mit dem Osten besondere Priorität einräume, wobei der Einbeziehung auch Rußlands und der Ukraine herausragende Bedeutung zukomme.

Botschafter **Gebhardt von Moltke,** Stellvertretender NATO-Generalsekretär für politische Angelegenheiten, betonte die Notwendigkeit für die NATO, sich dem veränderten Sicherheitsumfeld anzupassen. Das Erbe der Teilung Europas sei noch nicht überwunden; die Schaffung wirtschaftlicher und politischer Stabilität in den Ländern Mittel- und Osteuropas habe entscheidende Bedeutung für die Sicherheit des gan-

zen Kontinents. Die NATO habe bereits Konsequenzen aus der veränderten Situation gezogen, der Umwandlungsprozeß müsse jedoch fortgeführt werden. Als Kernpunkte hob von Moltke dabei die Verbesserung der Fähigkeiten im Bereich des Krisenmanagements hervor und die Erforderlichkeit engerer Verbindungen zu anderen Organisationen, insbesondere zu den VN. Weiterhin müßten die Anstrengungen zur Erreichung von Stabilität in den Ländern Mittel- und Osteuropas sowie Zentralasiens verstärkt werden, wobei der nächste NATO-Gipfel den beitrittswilligen Ländern eine konkretere Perspektive aufzeigen solle. Als dritten Bereich nannte der Botschafter die Notwendigkeit, ein neues Gleichgewicht im Bündnis herzustellen mit dem Ziel, daß Europa die ihm zukommende Verantwortung übernimmt. Die Sicherheit der westlichen Welt erfordere ein stärker geeintes, handlungsfähigeres Europa. In diesem Prozeß komme der WEU eine wichtige Rolle zu, unter deren Kommando die der NATO assignierten Streitkräfte dort agieren sollten, wo in erster Linie europäische Interessen berührt sind. Von Moltke befaßte sich im weiteren Verlauf seiner Ansprache mit dem Konzept der sich gegenseitig verstärkenden Institutionen und betonte die Notwendigkeit, Strukturen und Effektivität der KSZE zu verbessern. Als Lehren, die aus dem Krieg im ehemaligen Jugoslawien zu ziehen seien, nannte er frühzeitige Konsultation unter den Partnern und die Unterstützung diplomatischer durch militärische Mittel. Abschließend auf die Herausforderungen für die atlantische Gemeinschaft eingehend, unterstrich von Moltke die Notwendigkeit, Europa vor dem Rückfall in Zersplitterung und Nationalismus zu bewahren und wies ferner auf die neuen Risiken der Proliferation von Massenvernichtungswaffen, Massenwanderung und Extremismus hin.

Plenardebatte zum Thema: „Euro-Atlantische Solidarität in einer revolutionären Zeit"

Im Mittelpunkt der Debatte stand die Anpassung der NATO an die veränderten sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen und insbesondere die Frage der Ausdehnung des Bündnisses nach Osten. Übereinstimmung bestand grundsätzlich darin, daß die betroffenen Länder stärker in die NATO einbezogen werden sollen, wobei unterschiedliche Akzente im Hinblick auf die konkrete Ausgestaltung der Beziehungen und die wünschenswerte Geschwindigkeit dieser Entwicklung gesetzt wurden.

Zusammenfassend ist festzustellen, daß sich eine geringere Zahl von Rednern eher skeptisch äußerte und sich zwar für verstärkte Zusammenarbeit aussprach, gegenüber der Frage der Aufnahme neuer Mitglieder jedoch starke Zurückhaltung erkennen ließ. Dabei wurde vor allem darauf verwiesen, daß die Zeit für eine Entscheidung über eine Mitgliedschaft noch nicht gekommen sei. Insbesondere müsse bedacht werden, daß die Aufnahme neuer Mitglieder mit einer Erweiterung der Sicherheitsgarantien verbunden sei, was angesichts der allgemeinen Tendenz zur Reduzierung der Verteidigungsausgaben auf große Schwierigkeiten stoße. Weiterhin wurde auf die Gefahr hingewiesen, Rußland durch eine zu frühzeitige Aufnahme mittel- und osteuropäischer Länder in die Allianz zu isolieren sowie das Risiko einer Provokation Rußlands durch eine solche Entscheidung angeführt.

Überwiegend sprachen sich die Mitglieder der Versammlung dafür aus, daß der im Januar 1994 anstehende NATO-Gipfel Kriterien für die Aufnahme neuer Mitglieder aufstellen solle. Als in Betracht kommende Maßstäbe wurden dabei das Vorhandensein einer stabilen Demokratie und die zivile Kontrolle der Armee genannt sowie die Fähigkeit und Bereitschaft, zur Verteidigung im Rahmen des Bündnisses beizutragen. Teilweise wurden die im Bericht der Arbeitsgruppe des Präsidenten der Versammlung genannten Kriterien als zu schwach bezeichnet und gefordert, neben dem theoretischen Verzicht auf Gewalt und der Verpflichtung zu friedlicher Streitbeilegung auch den Beweis einer praktischen Umsetzung dieser Absichten als maßgeblichen Umstand zu berücksichtigen. Von einigen Rednern wurde die sofortige Aufnahme der Visegrad-Länder, die bereits eine gefestigte demokratische Struktur aufweisen, angeregt, wobei als Parallele auf den Beitritt Griechenlands und der Türkei hingewiesen wurde, der ebenfalls nicht lange hinausgezögert worden sei. Andere Delegierte forderten die gleichzeitige Aufnahme aller in Betracht kommenden Staaten. Als grundsätzliches Argument für die Aufnahme in die NATO wurde von Vertretern mittel- und osteuropäischer Länder unter anderem angeführt, daß die Einbeziehung den Vorteil einer Kontrolle der vorhandenen Waffenpotentiale mit sich bringe. Ferner wurde darauf verwiesen, daß eine Integration im Sicherheitsbereich schneller zu erreichen sei als wirtschaftliche Angleichung.

Mehrfach thematisiert wurde auch die Rolle Rußlands, wobei eine Einbeziehung Rußlands und der Ukraine in Form einer strategischen Partnerschaft vorgeschlagen wurde. Delegierte beitrittswilliger Länder unterstrichen in diesem Zusammenhang, daß eine Isolation oder Provokation Rußlands keineswegs beabsichtigt sei.

Eine Reihe von Redebeiträgen befaßte sich grundsätzlich mit der veränderten Rolle der NATO. Dabei wurde hervorgehoben, Hauptaufgabe des Bündnisses müsse nach wie vor die territoriale Verteidigung bleiben. Darüber hinaus wurde jedoch gefordert, auch Krisenmanagement als Kernfunktion der NATO zu deklarieren. Gewarnt wurde in diesem Zusammenhang vor übereilten Kürzungen der Verteidigungsetats, die sich nachteilig auf die Schlagkraft des Bündnisses insgesamt auswirken könnten.

Mehrfach angesprochen wurde auch die Position Europas im veränderten Sicherheitsumfeld, wobei insbesondere von französischer Seite die Entwicklung einer eigenen Identität auch im Verteidigungsbereich gefordert wurde. Angesprochen wurde hierbei ebenfalls die Rolle der WEU sowohl als verteidigungspolitische Komponente der Europäischen Union wie auch als europäischer Pfeiler der Allianz, den es weiterzuentwickeln gelte, wobei jedoch Doppelarbeit beider Organisationen vermieden werden müsse.

Im Hinblick auf die sich wandelnden, nicht mehr vorrangig militärischen Herausforderungen an die NATO wurde im Verlauf der Debatte auch auf die steigende Bedeutung der Versammlung als politischer Impulsgeber hingewiesen. Ein Vertreter Georgiens stellte im Auftrag des Präsidenten Schewardnadse den Antrag auf Mitgliedschaft in der NAV.

Der Leiter der deutschen Delegation, Abg. **Klaus Francke,** wies darauf hin, daß das Thema der Generaldebatte im Rahmen der letzten beiden NAV-Tagungen behandelt worden sei, ohne daß die dort erhobenen Forderungen bislang Eingang in die Beschlüsse der nationalen Parlamente und Regierungen gefunden hätten. Aufgrund dessen sei es erforderlich, grundlegende Überlegungen zum Stellenwert und der Form der Arbeit anzustellen. Positiv sei allerdings die Öffnung für die osteuropäischen Länder zu vermerken. In bezug auf eine zukünftige Ausweitung der Mitgliedsdelegationen gab er jedoch zu bedenken, daß die Versammlung sich weiterhin aus demokratisch frei gewählten Abgeordneten zusammensetzen solle. Im Hinblick auf den anstehenden NATO-Gipfel forderte Abg. Francke, daß ein klares Signal gegeben werden müsse. Europa dürfe keine Zonen unterschiedlicher Sicherheit aufweisen, wobei Sicherheit grundsätzlich nicht gegen, sondern mit Rußland zu gewährleisten sei. Ferner solle ein Stufenplan zur Erreichung einer gerechten und dauerhaften Friedensordnung für die europäischen und nordamerikanischen Staaten entwickelt werden. Außerdem sprach er sich für die Übernahme von Mandatsaufgaben der VN und der KSZE aus und forderte abschließend die Versammlung auf, sich auf Beiträge zur Klärung der zentralen Fragen zu konzentrieren.

Abg. **Brigitte Schulte** unterstrich in ihrer Rede die Bedeutung der Euro-Atlantischen Solidarität. Gleichzeitig wies sie darauf hin, daß die Bürger in den Mitgliedsländern in erster Linie mit anderen Fragen befaßt seien, wobei in der heutigen Zeit wirtschaftliche Probleme und Fragen der sozialen Sicherung eine herausgehobene Rolle spielten. Unabhängig davon habe die Außenpolitik einen besonderen Stellenwert. In diesem Zusammenhang ging Abg. Schulte insbesondere auf die Situation in den neuen Demokratien sowie in der Südregion ein und betonte, daß Investitionen in diesen Bereichen langfristig zu mehr Stabilität beitragen könnten. Abg. Schulte betonte im weiteren Verlauf ihres Redebeitrags außerdem die Notwendigkeit einer gemeinsamen Organisation von Sicherheit, wobei neben wirtschaftlicher und sozialer Sicherheit auch die militärische Komponente nicht vernachlässigt werden dürfe. Zur effizienteren Gestaltung dieses Bereichs nannte sie insbesondere das Erfordernis einer Umstrukturierung der Verteidigungshaushalte, die die veränderten Aufgaben stärker berücksichtigen müßten. Außerdem setzte sie sich für eine Abstimmung der Etats zwischen den einzelnen Ländern ein, die bis jetzt nicht gegeben sei.

Im Anschluß an die allgemeine Aussprache setzte sich die Versammlung mit dem von Abg. George (Vereinigtes Königreich) vorgelegten Entwurf der Plenarentschließung auseinander, zu dem fast 50 Änderungsanträge vorlagen. Nach ausgiebiger Beratung nahm die Versammlung die Plenarentschließung (Anhang S. 17ff.) unter Berücksichtigung von fast der Hälfte der Änderungsanträge, darunter auch einigen Anträgen deutscher Delegierter, an.

Bonn, den 23. November 1993

Klaus Francke, MdB	**Senator Volker Kröning**
Leiter der Delegation	Stellvertretender Leiter der Delegation

Anlage 1

Entschließung 243

betr. die Unterstützung der demokratischen Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa

Die Versammlung,

1. *unter Hinweis* auf die von den KSZE-Mitgliedstaaten im Juni 1990 im Kopenhagener Dokument zum Ausdruck gebrachte Überzeugung, daß „die volle Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie die Entwicklung von Gesellschaftssystemen auf der Grundlage von pluralistischer Demokratie und Rechtsstaatlichkeit Vorbedingungen für einen Fortschritt beim Aufbau jener dauerhaften Ordnung von Frieden, Sicherheit, Gerechtigkeit und Zusammenarbeit sind, die sie in Europa zu errichten wünschen";

2. *ermutigt* durch den von den Staaten Mittel- und Osteuropas erreichten Fortschritt im Hinblick auf die Schaffung demokratischer Regierungssysteme und Wirtschaftsstrukturen, die auf Eigeninitiative aufbauen;

3. *mit Verständnis* für die politischen, wirtschaftlichen, ideologischen und kulturellen Schwierigkeiten, die die Umwandlung der kommunistischen Produktions- und Regierungssysteme in Systeme behindern, die die Rechte und Freiheiten des einzelnen uneingeschränkt respektieren und schützen;

4. *mit Bestürzung Kenntnis nehmend* von den jüngsten erschütternden Ereignissen in Rußland und *unter Hinweis darauf,* welche Bedeutung die Mitgliedstaaten der NATO und ihre Gesellschaften einer dauerhaften Stabilität auf der Grundlage von Rechtsstaatlichkeit, Beachtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, Marktwirtschaft und eines gut funktionierenden demokratischen Systems in diesem Land beimessen;

5. *sich der Tatsache bewußt,* daß die Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse während der ersten Reformphase, die zur Marktwirtschaft führen soll, die demokratischen Entwicklungen gefährden und Forderungen nach einer Rückkehr zu einer mehr Sicherheit gewährenden autoritären Vergangenheit hervorrufen kann;

6. *feststellend,* daß die Gewaltenteilung von Exekutive, Legislative und Judikative sowie politischer Pluralismus, freie und faire Wahlen, Rechtsgarantien gegen staatlichen Machtmißbrauch und Presse- und Meinungsfreiheit grundlegende Voraussetzungen eines demokratischen Regierungssystems sind;

7. *davon überzeugt,* daß die Entfaltung von Demokratie Gruppen und einzelne dazu anleiten wird, einander zu respektieren, Toleranz zu fördern und eine mäßigende Wirkung auf Konflikte zwischen den europäischen Staaten und Völkern haben wird;

8. *in der Überzeugung,* daß eine vielschichtige und aktive bürgerliche Gesellschaft entscheidend für die Schaffung und Aufrechterhaltung einer starken und stabilen Demokratie ist;

9. *unter Würdigung* der vom Europarat, vom Büro für Demokratische Institutionen und Menschenrechte der KSZE und von den Langzeitmissionen der KSZE unternommenen Anstrengungen zur Förderung der Schaffung demokratischer Regierungssysteme in den Staaten Mittel- und Osteuropas;

10. *fordert* die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses *nachdrücklich auf:*

   a) auf allen Ebenen Kontakte zwischen den westlichen Demokratien und den neuen Demokratien in Mittel- und Osteuropa zu entwickeln;

   b) auf angemessenem Wege und unter voller Wahrung der souveränen und persönlichen Rechte und Pflichten der Betroffenen Formen und Verhaltensweisen einer politischen Kultur anzuregen und zu fördern, die auf der Notwendigkeit von Ausgleich, Konsensbemühen und ständigen Verhandlungen basieren, um eine solide Grundlage für eine soziale, wirtschaftliche und politische Entwicklung in der Zukunft aufzubauen;

   c) den politischen Parteien, Nichtregierungsorganisationen und Einzelpersonen, die nachweislich die demokratischen Werte in den mittel- und osteuropäischen Staaten am meisten unterstützen, besondere Hilfe anzubieten;

   d) nationale und internationale Nichtregierungsorganisationen, die sich für die Entfaltung einer starken und dynamischen bürgerlichen Gesellschaft in den genannten Staaten einsetzen, zu unterstützen;

   e) weiterhin die Initiativen des Europarates, der KSZE und unabhängiger Organisationen zu unterstützen, die technische Hilfe mit dem Ziel der Ausarbeitung von Verfassungen, der Gesetzesreformen, Verabschiedung von demokratischen Parlamentsverfahren und Verfahren für die Kontrolle des Militärs durch die zivile Seite zur Verfügung stellen;

   f) die Entfaltung unabhängiger Medien zu fördern, indem sie westliche Presseagenturen anregen, Verbindungen zu den im Entstehen begriffenen unabhängigen Medien in Mittel- und Osteuropa herzustellen;

   g) nationale Wirtschafts- und Handelspolitiken im Hinblick auf die Förderung einer verstärkten Öffnung der westlichen Märkte für Exporte aus mittel- und osteuropäischen Staaten als stabilisierender Faktor für diese Volkswirtschaften zu überprüfen, und dabei auch den baldigen Abschluß von Assoziierungsvereinbarungen mit der Europäischen Gemeinschaft in Erwägung zu ziehen;

h) Kommunikationskanäle zwischen den beteiligten Stellen der NATO, der Nordatlantischen Versammlung, der KSZE, des Europarates und der Europäischen Gemeinschaft, die sich mit der Förderung von demokratischen Regierungssystemen in Mittel- und Osteuropa befassen, mit dem Ziel herzustellen, soweit wie möglich gemeinsame Programme einzuleiten;

11. *fordert* die Regierungen und Parlamente der Staaten, die assoziierte Delegationen zu der Nordatlantischen Versammlung entsenden, *nachdrücklich auf:*

a) unverzüglich demokratische Verfassungen und Wahlgesetze zu verabschieden, die faire und freie Wahlen auf allen Verwaltungsebenen vorsehen;

b) in ihre Verfassungen Garantien aufzunehmen, die die Beachtung jener Verpflichtungen im Bereich der menschlichen Dimension gewährleisten, die im Rahmen der KSZE eingegangen wurden;

c) angemessene Gesetze zu verabschieden, die die Respektierung und Förderung der kulturellen Belange von Minderheiten einschließlich — soweit angemessen — Bestimmungen für eine örtliche Selbstverwaltung vorsehen.

Entschließung 244

betr. den NATO-Gipfel und die Erweiterung des Bündnisses

Die Versammlung

1. *in Anerkennung* der Bedeutung, die die Stabilität innerhalb und zwischen den Staaten des ehemaligen Warschauer Pakts für die internationale Sicherheit hat;

2. *in Würdigung* der schwierigen Aufgabe, jene Länder von totalitären Systemen in Demokratien mit marktwirtschaftlichen Strukturen umzuwandeln;

3. *nimmt mit Beifall Kenntnis* von den beträchtlichen Fortschritten, die einzelne Länder der Region bei dieser Umwandlung erzielt haben;

4. *fordert* den am 10. Januar 1994 in Brüssel tagenden NATO-Gipfel *nachdrücklich auf:*

a) die Vision einer Erweiterung des Bündnisses, der ein entsprechendes erweitertes Konzept der europäischen und internationalen Sicherheit zugrundeliegt, Wirklichkeit werden zu lassen;

b) die Bedingungen für die Aufnahme jener europäischen Staaten in das Bündnis festzulegen, die stabile marktwirtschaftlich orientierte Demokratien geschaffen und sich zu den in der KSZE-Charta von Paris und im Nordatlantikvertrag festgelegten Prinzipien bekannt haben; die Bedingungen würden der Tatsache Rechnung tragen, daß diese Länder Mitglieder anderer westeuropäischer Organisationen sind;

c) Verfahren festzulegen, nach denen ein solcher Beitritt innerhalb einer genau festgelegten Frist erfolgen kann einschließlich erster Maßnahmen und Zwischenschritte, die assoziierte, zur Vollmitgliedschaft führende Beziehungen umfassen;

d) sicherzustellen, daß derartige Maßnahmen allen europäischen Staaten die Gewähr bieten, daß ein erweitertes Bündnis keine aggressive Bedrohung für irgendeinen Staat darstellt, sondern die Sicherheit aller Europäer stärkt.

Entschließung 245

betr. die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen

1. Die Verbreitung von Technologien zur Herstellung von Kernwaffen und hochentwickelten Einsatzverfahren, wie z. B. für ballistische und aerodynamische Luft-Flugkörper sowie äußerst leistungsstarke Flugzeuge, stellen eine ernste Bedrohung für die Stabilität in der Welt und die internationale Sicherheit dar.

2. Trotz der bestehenden Begrenzungen der nuklearen Weiterverbreitung durch den Nichtverbreitungsvertrag (NVV), die „Safeguards" (Sicherungsmaßnahmen) der Internationalen Atomenergieorganisation und die Exportkontrollen des Nuclear Suppliers Club (Londoner Club) haben einige Staaten damit begonnen, die Kenntnisse zur Herstellung von Kernwaffen zu erwerben.

3. Nordkorea gibt Anlaß zu besonderer Besorgnis, weil es trotz der Aussetzung seiner Entscheidung, aus dem NV-Vertrag auszutreten, den Inspektoren der IAEO weiterhin den Zutritt zu bestimmten nuklearen Anlagen verweigert.

4. Erfreuliche Fortschritte wurden im Hinblick auf die Schließung einiger Schlupflöcher in den bestehenden Begrenzungsbestimmungen erzielt. Eine bemerkenswerte Entwicklung ist in dieser Hinsicht, daß die Internationale Atomenergieorganisation (IAEO) nun in Staaten, die ein umfassendes Safeguard-Abkommen[1]) mit der IAEO unterzeichnet haben, Inspektionen an verdächtigen Standorten durchführen kann. Eine weitere Entwicklung in diesem Zusammenhang ist der Beschluß des Nuclear Suppliers Club, Exporte von Kernmaterial nur in diejenigen Staaten zuzulassen, die den umfassenden Safeguards zugestimmt haben.

5. Natürlich können Probleme dadurch entstehen, daß es mehrere Staaten gibt, die Kernmaterial, Technologien und Know-how liefern können, jedoch dem Nuclear Suppliers Clubs nicht angehören. Diese Staaten sollten zu einer Mitgliedschaft im Nuclear Suppliers Club ermutigt werden.

[1]) lückenlose Sicherungsmaßnahmen werden manchmal als umfassende Sicherungsmaßnahmen bezeichnet

6. Die NV-Verlängerungskonferenz wird im Jahre 1995 stattfinden, und es besteht eine breite Unterstützung für eine unbegrenzte Erweiterung des Vertrags. In Anbetracht des während der letzten Jahre im Bereich der nuklearen Abrüstung zu verzeichnenden bedeutenden Fortschritts erscheint eine unbegrenzte Verlängerung immer wahrscheinlicher.

7. Das Haupthindernis besteht jedoch darin, daß einige Staaten der Dritten Welt ein umfassendes Atomteststopp-Verbot als wichtigstes Kriterium für die Beurteilung ansehen, ob die Kernwaffenstaaten ihre Verpflichtungen aus dem NV-Vertrag erfüllen und bemüht sind, die Verlängerung des NVV mit dem Abschluß eines umfassenden Teststoppvertrags[2]) zu verknüpfen.

8. Es besteht daher ernsthafte Besorgnis über den von China am 5. Oktober 1993 durchgeführten Atomwaffenversuch und die Ungewißheit hinsichtlich der Absichten Chinas in bezug auf einen umfassenden Teststopp. Dies ist besonders enttäuschend, weil alle anderen Kernwaffenstaaten ihre Kernwaffentests ausgesetzt haben.

9. Die Besorgnis im Zusammenhang mit der nuklearen Weiterverbreitung wird noch verstärkt durch die Verbreitung von Raketentechnologien, die den Einsatz von Massenvernichtungswaffen ermöglichen könnten. Obwohl das Kontrollregime für Flugkörpertechnologie (MTCR) die Flugkörperverbreitung erfolgreich eindämmt, könnten die einschlägigen Technologien von vielen dazu entschlossenen Staaten mit wachsender Industrialisierung aus eigener Kraft entwickelt werden.

In Anbetracht dieser Erwägungen

10. *fordert* die Nordatlantische Versammlung die Regierungen und Parlamente ihrer Mitgliedstaaten *auf:*

a) alle erdenklichen Anstrengungen zur Erweiterung des Nuclear Suppliers Clubs zu unternehmen und insbesondere die Republiken der ehemaligen Sowjetunion, die dem Club noch nicht angehören, miteinzubeziehen;

b) die Verhängung internationaler Sanktionen in den Bereichen Handel, Kredit und Hilfeleistungen gegen Staaten zu fordern, die den NV-Vertrag nicht unterzeichnet oder erwiesenermaßen verletzt haben;

c) solange alle Lösungsvorschläge für den Streit zwischen der IAEO und Nordkorea zu verwerfen, bis Nordkorea der IAEO freien Zutritt zu allen Anlagen in Nordkorea gestattet, in denen die IAEO Inspektionen durchführen möchte;

d) der IAEO zusätzliche Mittel zur Verfügung zu stellen, um ihr die Möglichkeit zu verschaffen, weiterhin wirtschaftlich zu arbeiten, ihre Aktivitäten im Zusammenhang mit den Safeguards zu erweitern und sicherzustellen, daß diese Mittel entsprechend der Einschätzung der durch die Verbreitung drohenden Gefahren wirksam zugewiesen werden;

e) sich nachdrücklich für die Herbeiführung einer unbegrenzten Verlängerung des Nichtverbreitungsvertrags einzusetzen und die Kernwaffenstaaten zur Vorlage einer klaren Strategie und eines Zeitplans für einen umfassenden Atomteststopp auf der NV-Verlängerungskonferenz im Jahre 1995 zu ermutigen;

f) sicherzustellen, daß Exportkontrollen gemäß dem MTCR von allen am Regime beteiligten Parteien einheitlich angewandt werden;

g) ihre Anstrengungen im Bereich der Raketenabwehr im Sinne einer effizienten Nutzung der Ressourcen zu koordinieren;

h) Mittel und Wege zu prüfen, wie ein internationales Abschreckungsregime geschaffen werden könnte, das einen koordinierten Abbau der Kernwaffen ermöglichen würde, so daß die nationalen Arsenale auf ein Mindestniveau reduziert oder sogar völlig abgebaut werden können.

[2]) Artikel VI des NVV enthält eine Bestimmung, derzufolge die Kernwaffenstaaten „in gutem Glauben Verhandlungen über wirksame Maßnahmen in bezug auf die baldige Beendigung des nuklearen Wettrüstens und die nukleare Abrüstung führen sollen".

Entschließung 246

Erklärung des Ständigen Ausschusses betr. die Förderung parlamentarischer Demokratie im neuen Rußland

1. Unser Treffen wird von den jüngsten dramatischen und schrecklichen Ereignissen in Moskau überschattet. Wir alle waren zutiefst betroffen von dem Ausbruch der Gewalt und dem Verlust an Menschenleben, sind zugleich jedoch äußerst erleichtert über den Ausgang der Krise. Demokraten in aller Welt haben die Maßnahmen unterstützt, zu deren Ergreifung Boris Jelzin gezwungen war; nun müssen wir den Prozeß der politischen und wirtschaftlichen Reformen uneingeschränkt unterstützen. Unsere Versammlung muß den demokratischen Kräften in Rußland Zusammenarbeit und Unterstützung anbieten.

2. Die verläßliche Entwicklung wirksamer und unumkehrbarer parlamentarischer Demokratie in Rußland und im gesamten KSZE-Bereich ist von entscheidendem und unmittelbarem Interesse für die internationale Staatengemeinschaft.

3. Die bevorstehenden Wahlen in Rußland bieten eine erneute Möglichkeit, das zentrale Anliegen der KSZE-Charta von Paris, nämlich das der Demokratie als einziger Regierungsform in den KSZE-Teilnehmerstaaten, zu einem festen Bestandteil unseres gemeinsamen euro-atlantischen Raums zu machen.

4. Unsere Nationen haben ein unmittelbares Interesse an ihrem Erfolg. Wir unterstützen nachdrücklich alle Maßnahmen zur Förderung demokratischer Reformen.

5. Uneingeschränkt freie Wahlen und eine demokratische Verfassung werden ein entscheidender Meilenstein für die Völker Rußlands sein. Und obwohl Präsident Jelzin einen wichtigen Sieg in seinem langwierigen Kampf um politische und wirtschaftliche Reformen erzielt hat, wird die Entwicklung eines wirklich demokratischen Prozesses und die Herbeiführung von Rechtsstaatlichkeit Zeit in Anspruch nehmen.

6. Unsere Versammlung muß deshalb bereit sein, eine noch aktivere Rolle zu übernehmen, um der parlamentarischen Demokratie in Rußland zu helfen, feste Wurzeln zu fassen, falls eine solche Hilfe erbeten wird.

7. Daher fordern wir die Vorsitzenden unserer fünf Ausschüsse auf, die Kontakte, die unsere Versammlung im Verlauf der letzten Jahre mit den fortschrittlichen Reformpolitikern der ehemaligen Sowjetunion geknüpft hat, so weit wie möglich zu nutzen, um den praktischen Rat und die Unterstützung, die unsere Versammlung anbieten kann, zu verstärken und in die richtige Richtung zu leiten.

8. Wir sind bereit, als Koordinierungsausschuß zu dienen, um die Grundlagen für diese neue und dringende Phase unseres „Outreach"-Programms vorzubereiten.

9. Wir fordern darüber hinaus alle Mitglieder und assoziierten Delegierten auf, sich in ihren jeweiligen Staaten dafür einzusetzen, daß sichergestellt wird, daß jede nur mögliche zweckdienliche technische, finanzielle und andere Hilfe zur Verfügung gestellt wird, um den Reformprozeß zu unterstützen.

10. Wir freuen uns darauf, Vertreter des neuen Parlaments von Rußland in absehbarer Zeit als assoziierte Delegierte begrüßen zu können und sehen ihrer aktiven Mitarbeit bei unseren Aktivitäten mit Freude entgegen. Wir bieten dem neuen Parlament unsere weitestgehende Zusammenarbeit bei dem Bestreben an, Rußland einen entscheidenden Schritt in Richtung auf eine demokratische Zukunft voranzubringen.

11. Unsere Versammlung ist bereit, parlamentarische Beobachter zu den bevorstehenden Wahlen zu entsenden. In diesem Zusammenhang begrüßen wir die Ernennung von Nikolai Ryabow, dem früheren Leiter der russischen Delegation bei der NAV, zum Vorsitzenden der Wahlkommission und bieten ihm unsere Unterstützung und Hilfe an.

Entschließung 247

betr. die euro-atlantische Solidarität in einer revolutionären Zeit

Die Versammlung

1. *in der Überzeugung handelnd,* daß Zonen unterschiedlicher Sicherheit oder Macht- und Einflußbereiche in der KSZE-Region nicht mehr toleriert werden können;

2. *ausgehend* von der verbindlichen Feststellung des Bündnisses, daß die Sicherheit in Europa unteilbar ist, jedoch besorgt darüber, daß das Bündnis noch zu keiner eindeutigen gemeinsamen Position hinsichtlich neuer Mitglieder gelangt ist;

3. *davon überzeugt,* daß das Bündnis, das sich seit jeher für die Herbeiführung einer gerechten und dauerhaften Friedensordnung in Europa eingesetzt hat, weiterhin einzigartige Möglichkeiten besitzt, dieses äußerst wichtige und vordringliche Ziel zu verwirklichen, und daß seine traditionellen Kernfunktionen der kollektiven Verteidigung, der Konsultation in Sicherheitsfragen und der Aufrechterhaltung der transatlantischen Verbindungen zwar weiterhin von entscheidender Bedeutung bleiben, jedoch dahingehend erweitert werden müssen, daß sie den neuen Herausforderungen gerecht werden;

4. *in der Erkenntnis,* daß eine fortbestehende transatlantische Unterstützung der NATO und des Bündniszusammenhalts durch die Öffentlichkeit davon abhängt, ob sich das Bündnis in grundlegender Art und Weise dem neuen Sicherheitsumfeld in der KSZE-Region anpaßt;

5. *sich dessen bewußt,* daß die Glaubwürdigkeit und Verläßlichkeit des Bündnisses entscheidende Faktoren sind, um größeres Verständnis und mehr Unterstützung durch Parlamente und die Öffentlichkeit zu fördern;

6. *in Anbetracht dessen,* daß laut den Schlußfolgerungen der Ministertagungen des Bündnisses in Oslo und Brüssel, das Bündnis dazu aufgefordert werden könnte, sich an friedenserhaltenden Operationen unter der politischen Autorität der Vereinten Nationen oder der KSZE zu beteiligen;

7. *feststellend,* daß alle assoziierten Bündnismitglieder bereits bedeutende Schritte im Hinblick auf die Festigung ihrer Beziehungen zur NATO unternommen haben, einschließlich im militärischen Bereich und bei der Planung gemeinsamer operationeller Aktivitäten mit NATO-Mitgliedsstaaten im Rahmen friedenserhaltender und friedensschaffender Operationen;

8. *davor warnend,* daß derzeitige Tendenzen in Richtung auf einen Abbau der Streitkräfte und eine Reduzierung der Verteidigungshaushalte und die derzeit fehlende Koordinierung bei der Umstrukturierung der Streitkräfte die Leistungsfähigkeit des Bündnisses als Ganzes möglicherweise ernsthaft beeinträchtigen könnten;

9. *in Unterstützung* der Politik Präsident Jelzins, die die nachdrückliche Verpflichtung umfaßt, die demokratischen Reformen in Rußland fortzusetzen und im Dezember 1993 freie Parlamentswahlen abzuhalten;

10. *in Bekräftigung* der litauischen Erfahrung, Krisensituationen auf friedlichem Wege durch von internationalen Organisationen überwachte Verhandlungen zu lösen, *in der Überzeugung,* daß dies der erste Schritt zur Gewährleistung einer normalen demokratischen und wirtschaftlichen Entwicklung im Ostseeraum sowie im Hinblick auf den Abzug ausländischer Streitkräfte aus Lettland und Estland sein wird;

11. *sich dessen bewußt,* daß die unkontrollierte Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen und ihrer Trägersysteme, die durch die mögliche Gefahr eines Verlusts der uneingeschränkten Kontrolle über Nuklearwaffen, -technologien und Fachwissen zusätzlich verschärft wird, eine massive Bedrohung der Sicherheit der euro-atlantischen Gemeinschaft darstellt;

12. *in Bekräftigung der* Verpflichtung der Versammlung, den demokratischen Prozeß in Mittel- und Osteuropa sowie in der ehemaligen Sowjetunion zu unterstützen;

13. *fordert* die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten der Nordatlantischen Versammlung *nachdrücklich auf:*

    a) auf dem nächsten NATO-Gipfel folgende Kernfunktionen des Bündnisses festzulegen:

        i. *Konfliktverhütung und Krisenmanagement* unter der politischen Autorität des VN-Sicherheitsrates oder der KSZE in den Fällen, die mit allseitiger Zustimmung im Bündnis als bedeutend für sämtliche Bündnismitglieder betrachtet werden;

        ii. *Abbau der Risiken* im Gebiet des früheren Warschauer Pakts durch aktive und konkrete Zusammenarbeit bei der Unterstützung der Umwandlung jener Gesellschaften, wodurch verhindert wird, daß gewalttätiger Nationalismus, Intoleranz, Territorialstreben und Totalitarismus nach Europa zurückkehren können;

    b) dementsprechend die Aktivitäten des Bündnisses anzupassen, u. a. durch folgende Maßnahmen:

        i. Überarbeitung des 1991 verabschiedeten strategischen Konzepts des Bündnisses mit dem Ziel, eine neue Art von Dokument zu erarbeiten, das gleichermaßen sowohl die politischen Ziele der NATO wie auch die tatsächlichen Sicherheitserfordernisse bei Bündnismissionen in den Vordergrund stellt, und damit aussagekräftige Leitlinien für die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten enthält;

        ii. Gewährleistung einer größtmöglichen Beteiligung aller Bündnispartner an den politischen und militärischen Aufgaben sowie an den finanziellen Belastungen der NATO und Herbeiführung eines ausgewogenen Verhältnisses von Macht und Effizienz zwischen den beiden tragenden Pfeilern Nordamerika und Europa unter gleichzeitiger Aufrechterhaltung der Eintracht im Bündnis;

        iii. angemessene Information der Öffentlichkeit und der Parlamente unter Heranziehung der Berichte der einzelnen Länder über die Umsetzung der Verteidigungsplanung und -politik der NATO, um dieser Rechenschaftspflicht besser nachkommen zu können;

        iv. beschleunigte Herbeiführung angemessener Arbeitsbeziehungen zu anderen Organisationen, die in bezug auf die Sicherheit in Europa eine Rolle spielen, und Vermeidung von Überschneidungen unter — soweit angemessen — Heranziehung der festgelegten Kommando- und Kontrollverfahren der NATO und Anerkennung der fortbestehenden Rolle der NATO als wichtigstes Forum für die Sicherheit ihrer Mitglieder und im Hinblick auf die Vermittlung von Stabilität für die Regionen außerhalb des Bündnisses;

        v. Stärkung der transatlantischen Beziehungen durch ein zusätzliches Forum in Form eines Transatlantischen Rates für Wirtschaftliche Zusammenarbeit, in dem Nordamerika und die Europäische Gemeinschaft zusammenkommen mit dem Ziel, gegenseitiges Verständnis, die Beilegung von Streitigkeiten und Handelspartnerschaften zu fördern;

        vi. Verabschiedung eines Verhaltenskodex auf dem Gebiet der Verteidigung, in dem auf umfassende Weise die Grundregeln für die Beseitigung von Hindernissen für einen freien und offenen Verteidigungshandel zwischen den Verbündeten niedergelegt werden;

        vii. im Hinblick auf die mittel- und osteuropäischen Staaten, die gemeinsamen operationellen in den NAKR-Gremien vorgesehenen Aktivitäten fortzusetzen und zu erweitern durch schwerpunktmäßige Ausrichtung des Nordatlantischen Kooperationsrates (NAKR) auf konkrete Formen der Zusammenarbeit einschließlich der Durchführung von Rüstungskontrollvereinbarungen, Überwachung von Truppenabzug, Maßnahmen zur Bekämpfung der Weiterverbreitung, Rüstungskonversion, Beziehungen zwischen der zivilen und der militärischen Seite, Beteiligung an Boden- und Luftüberwachungsprogrammen, verschiedener Formen von Hilfe an Staaten für die Lösung ihrer Abrüstungsprobleme sowie Durchführung von Konfliktverhütungsmissionen und Friedenserhaltung;

viii. eindringliche Aufforderung der NAKR-Partner, die Verlängerung des Nichtweiterverbreitungsvertrages sowie die Implementierung der START-Verträge durch die beteiligten Vertragsparteien sicherzustellen und alle in Betracht kommenden gemeinsamen Anstrengungen zu prüfen, um die Weiterverbreitung nicht-konventioneller Waffen, der entsprechenden Technologien und des technischen Fachwissens zu verhindern;

ix. Schaffung eines neuen hochrangigen NATO-Postens zur Kontrolle des NAKR mit einem zugeordneten politischen und militärischen Unterstützungsstab, um die fehlende zentrale Leitung der NAKR-Aktivitäten zu übernehmen;

x. Schaffung eines Beobachterstatus für traditionell neutrale europäische Staaten im NAKR;

xi. Einleitung eines aktiven „Outreach"-Programms für die südlichen Mittelmeerländer, das den Dialog und die Zusammenarbeit mit dem Ziel einer Stärkung der regionalen Stabilität erleichtern könnte;

xii. Unterstützung des Generalsekretärs der NATO bei der Ausübung der in sein Ermessen gestellten guten Dienste, um die Arbeitsbeziehungen zwischen der NATO und der KSZE und den VN optimal zu gestalten, einschließlich einer ständigen NATO-Vertretung bei der KSZE;

c) und insbesondere:

i. die Vision einer Erweiterung des Bündnisses, der ein entsprechendes erweitertes Konzept der europäischen und internationalen Sicherheit zugrundeliegt, Wirklichkeit werden zu lassen;

ii. die Bedingungen für die Aufnahme jener europäischen Staaten in das Bündnis festzulegen, die stabile marktwirtschaftlich orientierte Demokratien geschaffen und sich zu den in der KSZE-Charta von Paris und im Nordatlantikvertrag festgelegten Prinzipien bekannt haben; die Bedingungen würden der Tatsache Rechnung tragen, daß diese Länder Mitglieder anderer westeuropäischer Organisationen sind;

iii. Verfahren festzulegen, nach denen ein solcher Beitritt innerhalb einer genau festgelegten Frist erfolgen kann, einschließlich erster Maßnahmen und Zwischenschritte, die assoziierte, zur Vollmitgliedschaft führende Beziehungen umfassen;

iv. sicherzustellen, daß derartige Maßnahmen allen europäischen Staaten die Gewähr bieten, daß ein erweitertes Bündnis keine aggressive Bedrohung für irgendeinen Staat darstellt, sondern die Sicherheit aller Europäer verstärkt;

14. *fordert* die Teilnehmerstaaten der KSZE nachdrücklich *auf:*

a) bis zum vierten Treffen des KSZE-Ministerrates im November/Dezember 1993 in Rom folgendes zu vereinbaren:

i. eine substantielle Vereinbarung auf der Grundlage der Kernelemente des gegenwärtig im Forum für Sicherheitskooperation diskutierten Programms für Sofortaktionen zu treffen, einschließlich stabilisierender Maßnahmen für Krisensituationen, und die durch das Forum gegebenen Möglichkeiten für Diskussionen und zur Beilegung von regionalen Sicherheitsproblemen verstärkt zu nutzen;

ii. Mittel und Wege für eine Verbesserung der Fähigkeiten der KSZE im Bereich der vorbeugenden Diplomatie zu prüfen, unter anderem durch die Stärkung der operationellen Strukturen und der Fähigkeit des KVZ, Risikoanalysen vorzunehmen;

b) bis zum fünften Folgetreffen 1994 in Budapest einen substantiellen Verhaltenskodex im Bereich der Sicherheit zu vereinbaren.

Anlage 2

Liste der Mandatsträger der Nordatlantischen Versammlung
(Stand: November 1993)

Präsidium

Präsident	Loïc Bouvard (Frankreich)
Vizepräsidenten	Douglas Bereuter (Vereinigte Staaten von Amerika) Panayotis Skandalakis (Griechenland) Karsten D. Voigt (Bundesrepublik Deutschland)
Schatzmeister	Robert Laucournet (Frankreich)
Generalsekretär	Dr. Peter Corterier (Bundesrepublik Deutschland)

Ständiger Ausschuß

Belgien:	Lambert Kelchtermans
Kanada:	Robert Hicks
Dänemark:	Ove Fich
Frankreich:	Loïc Bouvard Jacques Chaumont Jean-Michel Boucheron
Bundesrepublik Deutschland:	Karsten D. Voigt Klaus Francke (Hamburg) Brigitte Schulte (stellv. Mitglied)
Griechenland:	Panayotis Skandalakis
Island:	Karl Steinar Gudnason
Italien:	Umberto Cappuzzo
Luxemburg:	Mathias Greisch
Niederlande:	Ton Frinking
Norwegen:	Jan Petersen
Portugal:	Angelo Correia
Spanien:	Pedro Moya
Türkei:	Fethi Akkoc
Vereinigtes Königreich:	Sir Geoffrey Johnson Smith
Vereinigte Staaten von Amerika:	Douglas Bereuter Charlie Rose Howell Heflin

Ausschuß für zivile Angelegenheiten

Vorsitzende	Brigitte Schulte (Bundesrepublik Deutschland)
Stellv. Vorsitzende	Sen. Cesare Dujany (Italien) Nancy Pelosi (Vereinigte Staaten von Amerika)
Generalberichterstatter	Javier Ruperez (Spanien)

Unterausschuß KSZE

Vorsitzender	Lord Lucas of Chilworth (Vereinigtes Königreich)
Stellv. Vorsitzende	Ingeborg Botnen (Norwegen) Poul Qvist Jorgensen (Dänemark)
Berichterstatter	Geoff Wilson (Kanada)

Unterausschuß Mittelmeerraum

Vorsitzender	Cavit Kavak (Türkei)
Stellv. Vorsitzende	Paulette Brisepierre (Frankreich) Antonio Del Pennino (Italien)
Berichterstatter	Pedro Moya (Spanien)

Ausschuß für Verteidigung und Sicherheit

Vorsitzender	Thijs van Vlijmen (Niederlande)
Stellv. Vorsitzende	David Clark (Vereinigtes Königreich) William Rompkey (Kanada) Norman Sisisky (Vereinigte Staaten von Amerika)
Generalberichterstatter	Rafael Estrella (Spanien)
Sonderberichterstatter über die Sicherheitszusammenarbeit mit den mittel- und osteuropäischen Ländern	Tamas Wachsler (Ungarn)

Unterausschuß über Verteidigungs- und Sicherheitszusammenarbeit zwischen Europa und Nordamerika

Vorsitzender	José Lello (Portugal)
Stellv. Vorsitzende	Michel d'Allières (Frankreich) (N.N.)
Co-Berichterstatter	James H. Bilbray (Vereinigte Staaten von Amerika) Henk Vos (Niederlande)

Unterausschuß „Die Zukunft der Streitkräfte"

Vorsitzender	Anders C. Sjaastad (Norwegen)
Stellv. Vorsitzender	Sari van Heemskerck (Niederlande)
Berichterstatter	Frank Cook (Vereinigtes Königreich)

Arbeitsgruppe „Sicherheit im Norden"

Vorsitzender	Anders C. Sjaastad (Norwegen)
Stellv. Vorsitzender	William Rompkey (Kanada)
Berichterstatter	Ove Fich (Dänemark)

Arbeitsgruppe „Erweiterung der NATO"

Vorsitzender	Senator William Roth (Vereinigte Staaten von Amerika)
Berichterstatter	Karsten D. Voigt (Bundesrepublik Deutschland)

Wirtschaftsausschuß

Vorsitzender	Jerry Wiggin (Vereinigtes Königreich)
Stellv. Vorsitzende	Julio Miranda Calha (Portugal) Alex McMillan (Vereinigte Staaten von Amerika)
Generalberichterstatter	Dr. Norbert Wieczorek (Bundesrepublik Deutschland)

Unterausschuß „Ost-West-Wirtschaftszusammenarbeit und Konvergenz"

Vorsitzender	Gérard Gaud (Frankreich)
Stellv. Vorsitzende	Alex McMillan (Vereinigte Staaten von Amerika) Harry Cohen (Vereinigtes Königreich)
Berichterstatter	Kees Zijlstra (Niederlande)

Politischer Ausschuß

Vorsitzender	Charlie Rose (Vereinigte Staaten von Amerika)
Stellv. Vorsitzende	Pedro Moya (Spanien) Gerald Solomon (Vereinigte Staaten von Amerika) Pelle Voigt (Dänemark)
Generalberichterstatter	Bruce George (Vereinigtes Königreich)

Unterausschuß „Osteuropa und die frühere Sowjetunion"

Vorsitzender	José Pacheco Pereira (Portugal)
Stellv. Vorsitzende	Hans-Dirk Bierling (Bundesrepublik Deutschland) Ali Dincer (Türkei) Vito Lattanzio (Italien) David E. Price (Vereinigte Staaten von Amerika)
Berichterstatter	Maurice Blin (Frankreich)

Unterausschuß „Südregion"

Vorsitzender	Jaime Gama (Portugal)
Stellv. Vorsitzende	Salvatore Abbruzzese (Italien) David Bjornson (Kanada) Yvon Harmegnies (Belgien)
Berichterstatter	Rodrigo de Rato (Spanien)

Arbeitsgruppe „Neue europäische Sicherheitsordnung"

Vorsitzender	Maarten van Traa (Niederlande)
Stellv. Vorsitzender	Markus Meckel (Bundesrepublik Deutschland)
Co-Berichterstatter	Loïc Bouvard (Frankreich) Bruce George (Vereinigtes Königreich)
Assoziierte Berichterstatter	Longin Pastusiak (Polen) Petre Roman (Rumänien)

Ausschuß für Wissenschaft und Technik

Vorsitzender	Earl Hastings (Kanada)
Stellv. Vorsitzende	Peter Emery (Vereinigtes Königreich) Jaime Perez-Llorca (Spanien)
Generalberichterstatter	Robert Banks (Vereinigtes Königreich)
Sonderberichterstatter zum Thema „Raketenverteidigungstechnologie"	Tom Lewis (Vereinigte Staaten von Amerika)

Unterausschuß „Verbreitung von Militärtechnologie"

Vorsitzender	Lothar Ibrügger (Bundesrepublik Deutschland)
Stellv. Vorsitzende	Adérito Campos (Portugal) Guiseppe Zamberletti (Italien)
Berichterstatter	Sherwood L. Boehlert (Vereinigte Staaten von Amerika)

Sonderausschuß „Neustrukturierung der europäischen Sicherheit"

Belgien:	Lambert Kelchtermans
Dänemark:	Ove Fich
Bundesrepublik Deutschland:	Klaus Francke Walter Kolbow Karsten D. Voigt
Frankreich:	Jean-Michel Boucheron Loïc Bouvard
Griechenland:	Panayotis Skandalakis
Italien:	Umberto Cappuzzo Giuseppe Rena
Kanada:	Bob Hicks Bill Rompkey
Niederlande:	Thijs van Vlijmen Sari van Heemskerck Maarten van Traa
Norwegen:	Jan Petersen Anders Sjaastad
Portugal:	Jaime Gama José Lello
Spanien:	Rafael Estrella
Türkei:	Ali Dincer
Vereinigtes Königreich:	David Clark Sir Geoffrey Johnson Smith
Vereinigte Staaten von Amerika:	Sen. Josepf R. Biden Sen. William V. Roth Douglas Bereuter William B. Richardson Charlie Rose

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53113 Bonn
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon: 02 28/3 82 08 40, Telefax: 02 28/3 82 08 44
ISSN 0722-8333